

Antifa

Antifaschistische Zeitung



HEFT 24 JUL/AUG 1990

5. JAHRGANG

DM 2,00



Bleiberecht für
heimatlose Roma
in der
Bundesrepublik !

Stoppt die
Abschiebungen !!!

In diesem Heft:

Einleitung.....	S. 3
Bleiberecht für Roma.....	S. 4
Pressekonferenz m. R. Kawczynski.....	S. 6
Nein zum Staatsvertrag.....	S. 13
Bund d. Antifaschisten i.d. DDR gegründet.....	S. 15
Schönhuber in Aachen gestoppt.....	S. 17
Blick nach draußen.....	S. 20
Sol.fest gegen Rechts in Castrop-Rauxel.....	S. 22
Leserbriefe.....	S. 24
Faschismus in Dortmund.....	S. 31
Interview mit Michael Schomers.....	S. 34
Impressum.....	S. 39
Antifaschistischer Kalender.....	S. 40

Verkaufsstellen:**Dortmund**

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Café Samowar
- Taranta Babu Buchladen

Hemer

- Kornmühle
- Informationszentrum 3. Welt

Dülmen

- Vollkörnchen
- Grünes Büro

Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübbelken-Kneipe
- Grünes Büro

ANZEIGE**Marl**

- Bucherladen

Münster

- Café Malik
- Café Prütt
- Fraunstr. 24
- Litfaß
- Themroc

Herten

- Büchereule

Bochum

- Buchhandlung am Hauptbahnhof

Gladbeck

- Annes Naturkostladen

Duisburg

- Weltbuchhandlung



EINLEITUNG

"Sommerloch"-Ausgabe sollte diese Ausgabe werden, dünner sollte sie werden, so dachten wir, in der Erwartung, es werde kaum Material vorliegen, und dann dieses: Die Berge an Informationen häuften sich nur so: landesweite **Antifa-Konferenz** in **NRW**, bundesweite Demonstration **"Nie wieder Deutschland"** in Frankfurt/Main, **"Bettelmarsch" der Roma und Cinti** von Bremen nach Bonn, Veranstaltungen gegen den **Staatsvertrag BRD-DDR**, Gründung eines **Bundes der Antifaschisten** in der **DDR**, und, und, und.

Unsere arme Ferien-Redaktion wurde richtiggehend überrollt und so kommt diese Ausgabe nur mit einiger Mühe zustande. Notwendigerweise mußten wir eine Auswahl treffen, und wir haben Themen ausgewählt, die nach unserem Eindruck **nicht** allzu-sehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit standen.

Schwerpunktthema ist somit in dieser Ausgabe der **"Bettelmarsch" der Roma und Cinti** von Bremen nach Bonn und ihr Kampf für eine **Bleiberecht** in der **BRD**.

Wir stimmen mit **Michael Schomers** darin überein, daß Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sicher zentrale **gesamtdutsche** Themen sein werden, die von den **REPs** und anderen Faschisten aufgegriffen werden. Nicht zufällig konzentrieren die neuen Faschisten ihr Feuer auf AsylbewerberInnen und in letzter Zeit verstärkt auf die **"Zigeuner"**.

Mit **Schomers**, der die **REPs** sieben Monate **"von innen"** beobachtete, führte die **AntifaZ** ein ausführliches Interview nach einer Veranstaltung in Duisburg, welches in dieser Ausgabe abgedruckt ist.

Weiter gibt es eine ausführliche Reportage über eine Veranstaltungsreihe **"Faschismus in Dortmund"**.

Die für diese Ausgabe geplante Vorstellung der antifaschistischen Zeitung **"Atze"** aus **Kiel** haben wir leider nicht geschafft - und einiges andere auch nicht - sie wird in der September-Ausgabe folgen.

Ansonsten gibts diesmal eine Menge **Leserbriefe**, was auch daran liegt, daß einige Artikel der letzten Ausgabe nicht nur Zustimmung gefunden haben.

Das soll auch so sein - wie **wollen** Kritik üben **und** auch kritisiert werden.

So, zum Schluß wünschen wir allen LeserInnen der **AntifaZ** erholsame Ferien,

mit herzlichen Grüßen

Eure

AntifaZ-Redaktion

Bleiberecht für Roma

Spendenkonto: Stichwort "Roma"
Bankhaus Fischer, Hamburg
BLZ: 201 10 600
Kto: 00 10 32 10 16

BLEIBERECHT FÜR ROMA !

"Bettelmarsch" der Roma und Cinti

Geplant war es, den "Bettelmarsch" der Roma und Cinti - Union (RUC) von Bremen nach Bonn durchzuführen, er kam aber nur bis Gelsenkirchen, weil ab da keine weitere Stadt auf dem Weg nach Bonn bereit war, den "Zigeunern" Raum oder Gelände für eine Übernachtung zur Verfügung zu stellen. Am 19. Juni passierte der inzwischen auf 250 Menschen angewachsene Zug Recklinghausen. Über die Umstände dieser "Station" handelt der folgende Bericht. Das von Rudko Kawczynski, dem Vorsitzenden der RUC durchgeführte Pressegespräch in der Recklinghäuser "Altstadtschmiede" ist im Anschluß vollständig dokumentiert.



Der Aufenthalt des "Bettelmarsches" in **Recklinghausen** ist aus mehreren Gründen erwähnenswert. Zum einen hatte auch die Stadt Recklinghausen anfangs sich geweigert, Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, wohl erst auf Proteste aus verschiedenen Bereichen hin war sie bereit dazu.

Zum anderen, und das war bisher einmalig in NRW, hatte sich in Recklinghausen eine "Bürgerwehr" (die sich selber Bürgerinitiative "Leusberg" nennt) gebildet, die sich zum erklärten Ziel gemacht hat, Recklinghausen und auch NRW "zigeunerfrei" zu machen.

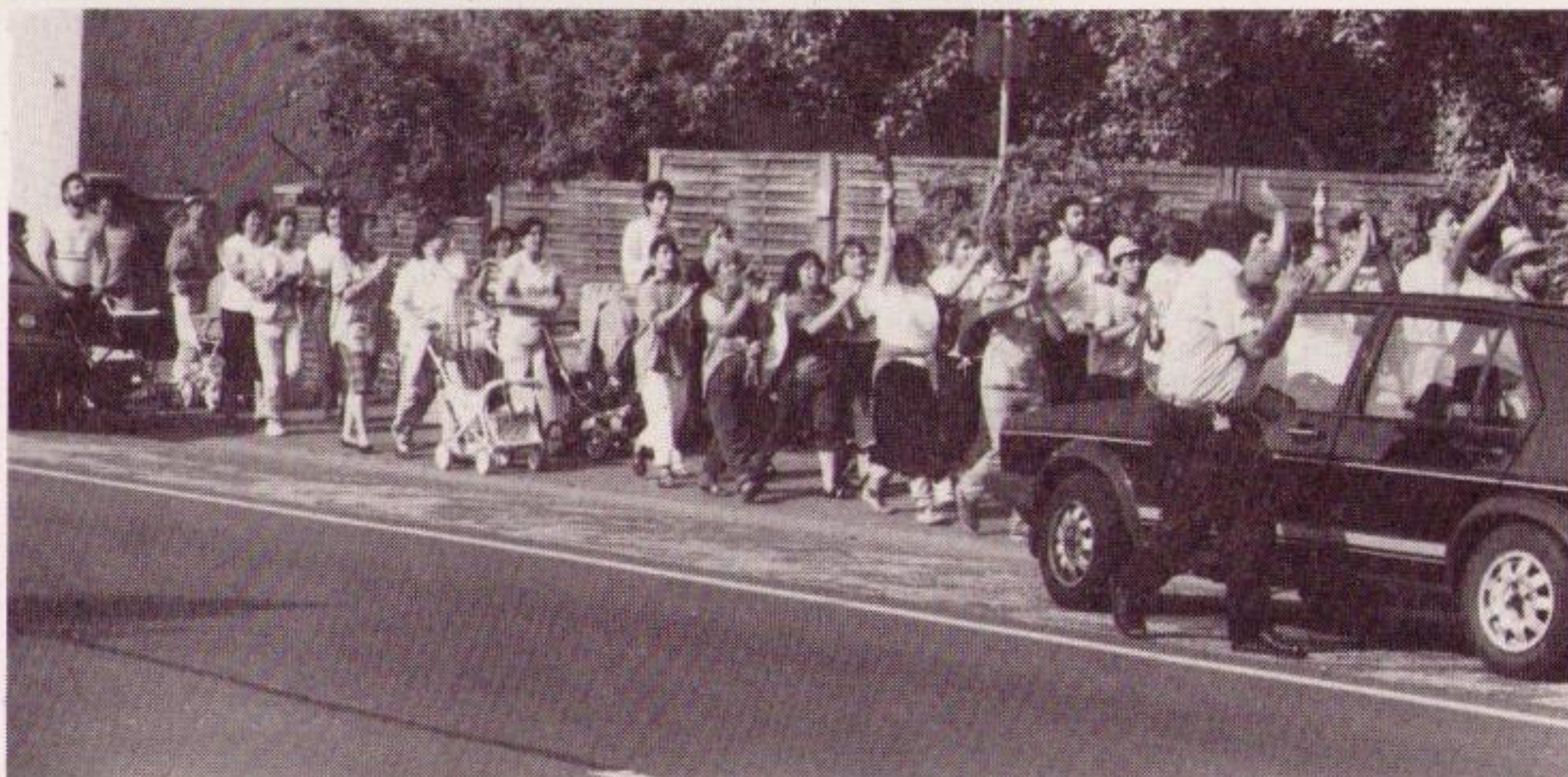
Unter Führung eines Herrn **Steinharter** macht sie seit einigen Monaten gegen die Roma im Recklinghäuser Stadtteil Leusberg mobil, vorläufiger und trauriger Höhepunkt ihrer Aktivitäten war die Ankündigung, den "Bettelmarsch" vor Recklinghausen durch eine Autoblockade der B 51 zu stoppen.

Das hat sie dann doch nicht versucht, die Ankündigung war sicher nur als verbale Drohung zu verstehen, da auch Herr Steinharter natürlich die Gefahr eines so eindeutigen Bruchs geltender Gesetze scheut.

Schlimmer noch als die Ankündigung einer solchen Aktion war dann jedoch die Haltung der Recklinghäuser Parteien CDU, FDP und SPD. In trauriger Eintracht zeigten sie "Verständnis" für das Anliegen der Bürger des Leusbergviertels, nur die Mittel, die seien doch nicht so ganz die richtigen.

Wie kam es zu dieser "Bürgerwehr" ?

Seit nunmehr mehr als 2 Jahren sind in besagtem Recklinghäuser Stadtteil ca. 150 Roma sowie eine größere Zahl von Asylbewerbern, z.B. aus dem Libanon, untergebracht. Die Wohnverhältnisse in diesen Häusern, die ehemals als sogenannte "Schlichtwohnungen" für "Obdachlose" eingerichtet worden waren,



sind absolut inhuman. Es gibt pro Haus eine Dusche im Keller, kein warmes Wasser, viele Wände sind feucht und schimmeln, so daß eine ganze Reihe von Kindern unter chronischer Bronchitis leiden. Seitens der Stadt Recklinghausen ist bisher **nichts** unternommen worden – klar, denn sie wollen ja ebenfalls die Abschiebung der Roma. Deutsche Anwohner des Viertels gründeten vor etwa einem halben Jahr die "Bürgerwehr". Sie fordern den Abriß der Häuser und die "Umsetzung" der Roma, worunter sie natürlich die sofortige Abschiebung verstehen.

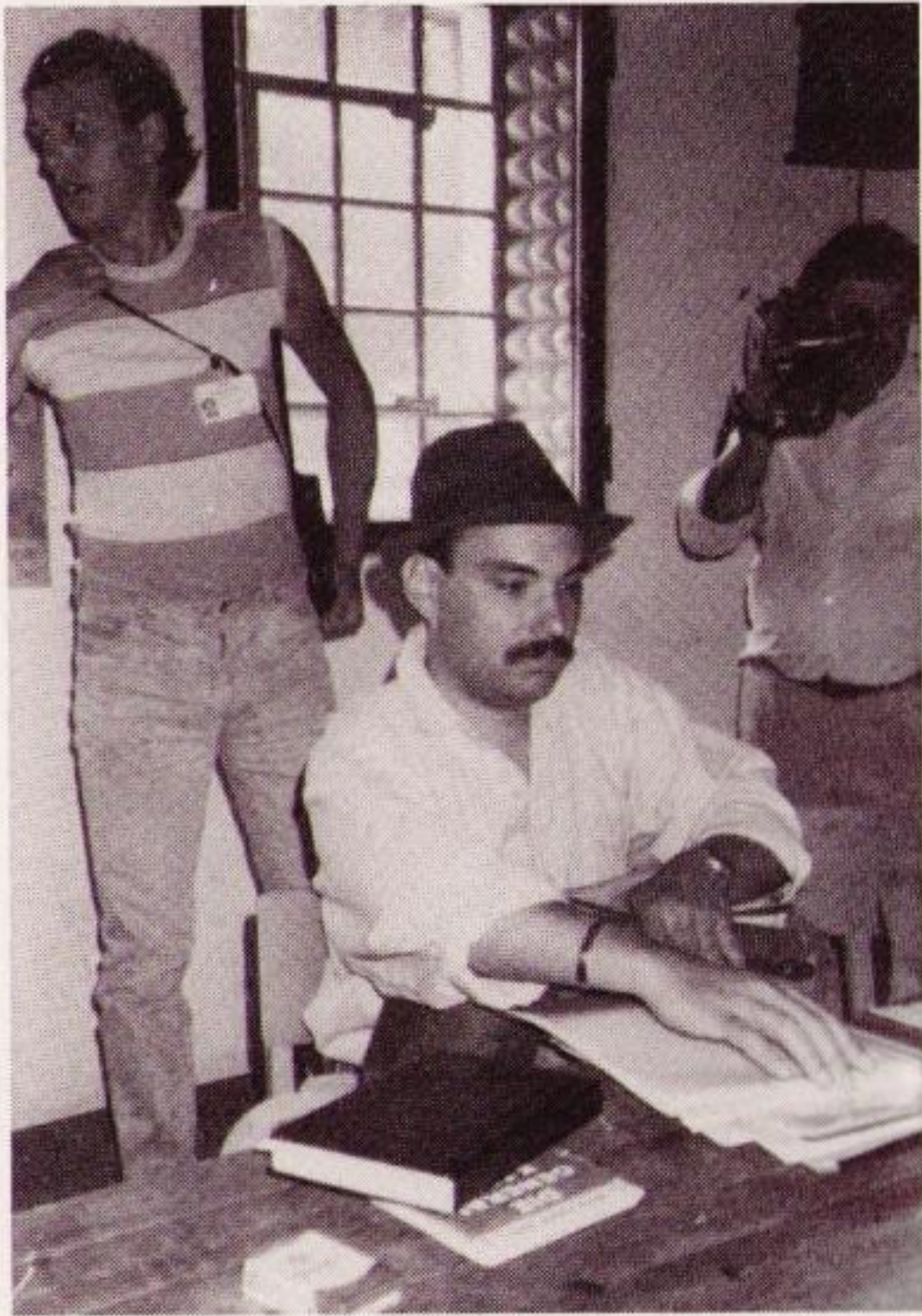
Gegen diese gemeinsame Front von Stadt und Bürgerwehr gibt es nur relativ wenig Widerstand seitens der fortschrittlichen Kräfte in Recklinghausen. Immerhin kamen zur "**Begrüßung**"

des "Bettelmarsches" ca. 30 Leute, mobilisiert von den Grünen, dem AFB, der Roma-AG und dem Deutsch-Türkischen Verein. Sie hatten zur Begrüßung ein großes Transparent aufgespannt: "Wir heißen den Bettelmarsch willkommen". Rudko Kawczynski zeigte sich erstaunt, hatte er doch schon fast angenommen, daß "die Stadt Recklinghausen nur aus Faschisten besteht".

Dies Begrüßungskomitee begleitete den Zug, der zu einer Schule zog, jedoch nicht **durch** die Stadt, dies hatte der Recklinghäuser Polizeipräsident verboten, sondern auf der Umgehungsstraße. Am nächsten Morgen gab Rudko dann eine ausführliche Pressekonferenz, deren Inhalt im folgenden dokumentiert wird.



PRESSEKONFERENZ MIT RUDKO KAWCZYNSKI



Nachdem der "Bettelmarsch" am 19. Juni in Recklinghausen angekommen war, gab Rudko Kawczynski am 20. Juni vor ca. 20 Leuten eine Pressekonferenz in der Recklinghäuser "Altstadtschmiede". Wir dokumentieren im folgenden den vollständigen Text:

K.: Mein Name ist Kawczynski, ich bin Vorsitzender der Roma und Cinti-Union, und wir hatten uns zur Aufgabe gemacht, diesen "Bettelmarsch" der Roma und Cinti von Bremen nach Bonn zu begleiten, zu beschützen und auch weitestgehend dafür zu sorgen, daß man diesen Marsch beachtet. Dieser Marsch ist nichts anderes als das, was tagtäglich mit unseren Menschen geschieht. Er soll zeigen, daß wir nur für kurze Zeit mehr oder weniger geduldet werden, aber nirgendwo willkommen sind.

Er soll zeigen, daß wir von einer Stadt zu einer anderen, von einem Land zu einem anderen getrieben werden, und dies bereits seit Jahrhunderten, aber er soll auch zeigen, daß sich zum ersten Mal in unserer Geschichte der sogenannten Zigeuner eine Gruppe angefangen hat zu wehren, daß sie zum ersten Mal begonnen haben, Unrecht nicht mehr tatenlos hinzunehmen, und auch, daß sie zum ersten Mal begonnen haben, ihr erlittenes Unrecht öffentlich zu machen, zum ersten Mal eben zu zeigen, was tagtäglich geschieht, um dadurch nicht beizutragen, daß so etwas wie bisher lautlos geschehen kann, nämlich die Vertreibung, die Verfolgung und auch die Kriminalisierung unserer Menschen.

Wir sind am 27. April dieses Jahres von Bremen losgezogen mit 39 Menschen, überwiegend Kindern, es haben sich in der Zwischenzeit viele Familien unserem Marsch angeschlossen, weil es für sie die einzige Möglichkeit ist, überhaupt noch gegen das an ihnen begangene Unrecht zu protestieren, zu demonstrieren, wie man mit ihnen umgeht.

Wir sind auf dem Wege nach Bonn, um dort die Bundesregierung aufzufordern, Beschlüsse, die die EG bereits seit vielen, vielen Jahren gefaßt hat, in die Tat umzusetzen, Beschlüsse, die das **Niederlassungsrecht der Roma auch in der Bundesrepublik** vorsehen. Wir sind weiterhin auf dem Weg dorthin, um aufzufordern, uns endlich als ethnische Minderheit anzuerkennen, als Volk, als Menschen, die man seit Jahrhunderten vertreibt, die keine Heimat haben, als ein Volk anzuerkennen, was keinen eigenen Staat hat, keine eigene politische Selbstvertretung. Um das als Grundvoraussetzung zu haben, um überhaupt Beschlüsse, die für unsere Menschen gefaßt worden sind, hier umsetzen zu können. Wir sind keine Jugoslawen, wir sind keine Polen, wir sind keine Griechen, wir sind keine Deut-

schen, wir sind Roma, denen man Staatsbürgerschaften zuerkannt hat. Wir sind Menschen, die keinen eigenen Staat haben, Menschen, die immer nur Opfer waren in der Geschichte und niemals Täter geworden sind. Dieses wollten wir auch mit unserem Marsch beweisen und zeigen, aber auch gleichzeitig zeigen, daß wir keine Angst haben, daß wir aus unserer Geschichte gelernt haben:

Wir haben aus unserer Geschichte gelernt, daß über 80 % unserer Menschen von den Nationalsozialisten ausgerottet worden sind, daß wir dieses Unrecht nicht mehr tatenlos hinnehmen werden, und daß wir auch keine Angst mehr davor haben, uns zu verteidigen und mit unserem Anliegen in die Öffentlichkeit zu gehen.

Wir haben **diesen Ort Recklinghausen nicht durch Zufall ausgewählt**, sondern wir haben ihn ganz bewußt ausgewählt, weil hier seit geraumer Zeit eine Kampagne gegen Roma, die in der Stadt leben, läuft, wir haben ihn ausgewählt, um auch zu zeigen, daß diese Kampagne, die hier läuft, sich nicht daran festmacht, an einzelnen Übergriffen der Roma vielleicht sogar, und auch nicht daran festmacht, wie die Roma leben, sondern daran festmacht: an Rassismus, an Fremdenfeindlichkeit, an sehr undifferenzierter Fremdenfeindlichkeit.

Es hat sich, das wissen Sie sicherlich, eine **Bürgerwehr** gebildet, die es sich auch zur Aufgabe gemacht hat, unsern Einzug nach Recklinghausen zu verhindern, dieses sicherlich nicht deshalb, weil wir hier leben und weil man schlechte Erfahrungen mit **uns** gesammelt hat, sondern ganz einfach deshalb, weil dies ein rassistisches Unterfangen ist und sich gegen eine ethnische Minderheit richtet. Dies ist an und für sich etwas, was mich im ersten Ansatz überhaupt nicht überraschen würde und was mich nicht sonderlich erschreckt.

Was mich erschreckt, ist, wie die Stadtväter, allen voran der Bürgermeister, mit diesem Problem umgegangen sind. Ich habe heute von den Kollegen der Presse den offenen Brief des Herrn Bürgermeisters an Mitglieder der Gruppe, die sich gegen uns gebildet hat, die sich selbst Bürgerwehr nennt, erhalten, ihn überflogen, und ich muß ehrlich gestehen, es ist für mich schockierend,

wie ein Mensch unter anderem schreiben kann, ich wills mal zitieren: "Dabei habe ich durchaus Verständnis für die Empörung über das Verhalten der Menschen dort", also Empörung gegen uns. Mit welcher Überheblichkeit und Arroganz, mit welchem Geschichtsbewußtsein ein Politiker einer Stadt über eine Minderheit spricht, die bis heute noch unter den Folgen des Nationalsozialismus leidet, dieses, was wir heute erleben, ist eine direkte Folge dessen. Die Verschleppung in alle möglichen Länder, die nicht unsere Länder sind, in dem Zerstören unseres kulturellen Siedlungsgebietes, der Zerstörung unserer Kultur, unserer sozialen Struktur. Und da kommt ein Nachfahre der Täter und sagt den Opfern, sie haben kein Recht, darauf hinzuweisen, daß sie immer noch Opfer sind.

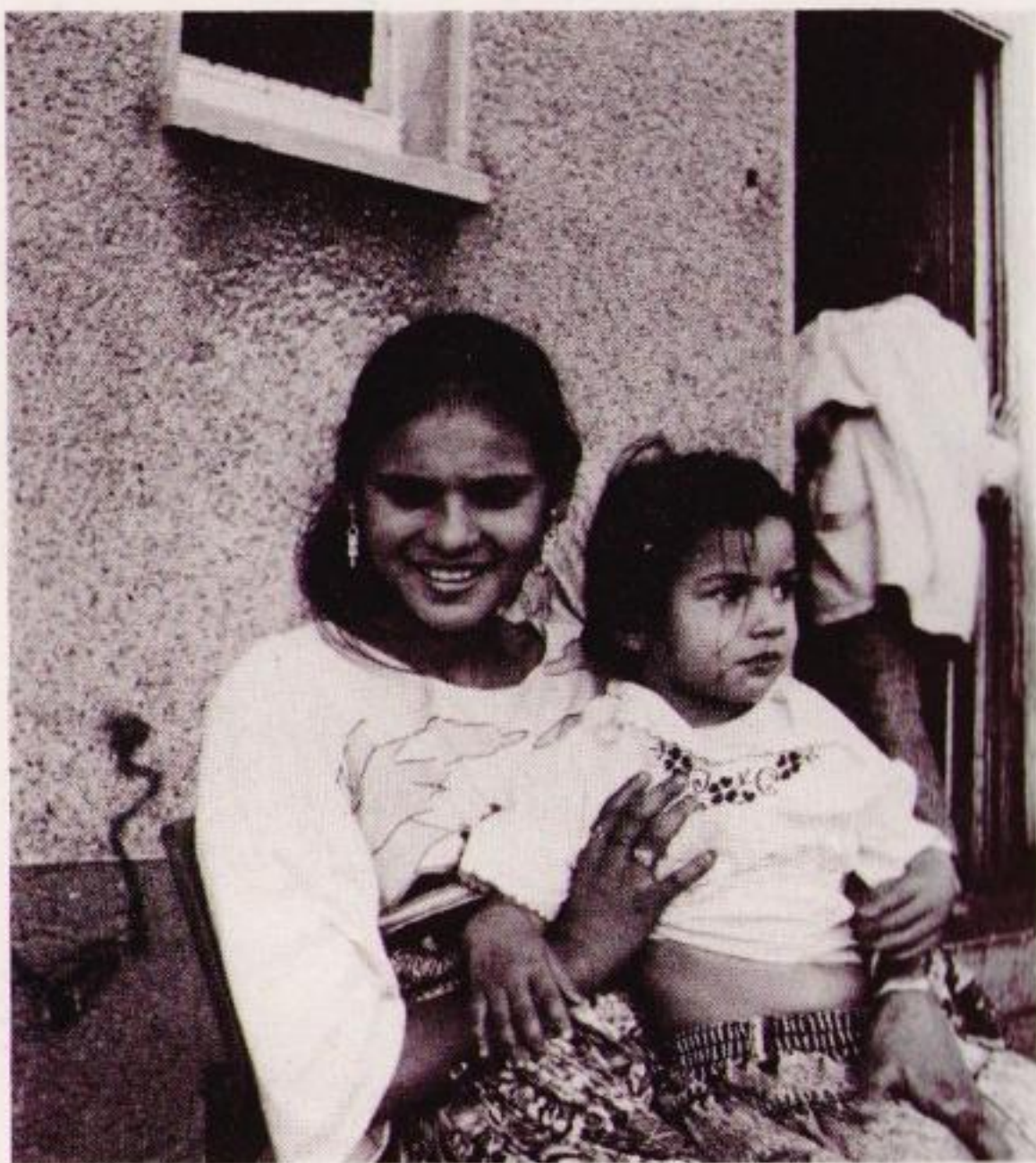


Wenn ich dann auch noch lesen muß, ich will es auch noch mal zitieren: "Ein anderer Aspekt, den ich als genauso skandalös empfinde, ist die Tatsache, daß sich die beim Bettelmarsch praktizierte Kindesmißhandlung scheinbar in einem rechtsfreien Raum abspielt." Wenn hier Kindesmißhandlung stattfindet, dann von den Politikern dieses Landes, die nach dem Motto handeln: "Sperrt die Bettler weg, sie brechen mir das Herz", die Menschen, Kinder, ihre Probleme, ihren schlechten Umgang mit Menschen entsorgen, was in einer alten deutschen Tradition steht, entsorgen über die Grenzen ihres eigenen Landes hinaus, also abschieben. Dieser Brief läßt sicher nicht zur Besonnenheit ein, sondern zu Kumpanei zwischen Politik und Rechtsradikalismus. Ich lese hier heraus: Bitte, wenn ihr Steine schmeißt, dann so, daß euch keiner sieht, wir werden dafür sorgen, daß ihr nicht angezeigt werdet.

Wenn dieses schon in einer Stadt wie Recklinghausen auch noch angeführt wird von Angehörigen einer Partei, die selbst verfolgt war, nämlich der SPD, dann frage ich mich, was hat diese Partei, nämlich die SPD, aus ihrer Vergangenheit gelernt? Ich glaube, überhaupt nichts.

Es ist mehr als ein Skandal, daß wir mit unserm Marsch nicht durch die Stadt geführt wurden, sondern die Polizei uns vor der Stadt abgefangen hat und mit Hinweis auf Sicherheitsaspekte, sie könne unsere Sicherheit nicht garantieren, uns umgeleitet hat.

Mir fehlen im Moment die Worte dafür, weil es ein Skandal ist, der uns erschreckt, es ist aber auch ein Zeichen dafür, wie normal die Bundesrepublik geworden ist, wie sie Anschluß gefunden hat an das Gedankengut, das schon einmal in diesem Land **Allgemeingut** war.



Es erschreckt umso mehr gerade auch uns Minderheiten, wenn wir uns überlegen, daß wir bald vor einem wiedervereinten Großdeutschland stehen, welches jetzt schon Minderheiten ausgrenzt und diffamiert, gerade solche Minderheiten, wie sie noch vor ein paar Jahrzehnten ausgerottet wurden.

Wir werden uns aber, das ist sicher, weder von einem Bürgermeister dieser Stadt noch von den Rechtsradikalen, die man ja wohl in einem Atemzug nen-

nen muß, daran hindern lassen, auf das Unrecht, was an uns begangen wird, aufmerksam zu machen.

Wir werden zunächst einmal unsern Marsch heute fortsetzen nach Gelsenkirchen, wo wir für die nächsten Tage unterkommen wollen, um von dort aus direkt nach Bonn zu fahren.

Es ist, wie gesagt, ein Bettelmarsch, wir haben diesen Ausdruck sehr bewußt gewählt, ein Marsch, der an die Städte appelliert, uns Unterkunft zu gewähren. Die Städte ab Essen haben unser Anliegen **nicht bewilligt**, wir haben Ablehnungen, um mal die Städte der Reihe nach aufzuzeigen: die Stadt **Essen**(zweifach), **Wesseling**, die Stadt **Duisburg**, die Stadt **Bonn**, die Stadt **Ratingen**, die Stadt **Langenfeld**, und es haben sich in der Zwischenzeit auch noch andere Städte gemeldet, die vielleicht an der Ausweichroute liegen könnten, die wir bisher überhaupt nicht vorgesehen hatten. Das beweist, welche Angst die Menschen vor uns haben, das beweist auch, welche Vorurteile sie besitzen.

Aber wir werden, wie gesagt, nach Bonn gehen, und zwar von Gelsenkirchen aus direkt mit Bussen, um dort an die Bundesregierung heranzutreten, insbesondere an unsern verehrten Bundeskanzler, um ihn aufzufordern, die Beschlüsse der EG umzusetzen, zum Niederlassungsrecht, wie gesagt, ihn aufzufordern, uns als ethnische Minderheit anzuerkennen.

Wir werden solange dort immer wieder versuchen, mit ihm zu sprechen, bis er zu uns kommt, zu diesen Kindern, denen er ins Auge sehen soll und ihnen sagen soll, für sie ist in der Bundesrepublik Deutschland kein Platz.

Wenn dieses geschehen ist, werden wir an die Grenzen der Nachbarstaaten ziehen, zunächst einmal an die Grenze der Niederlande, über Aachen, um dort um Aufnahme zu bitten, und auch zeigen, wie die Bundesrepublik Deutschland mit der kleinsten, mit der schwächsten Minderheit umgeht, die sie, wie gesagt, vor ein paar Jahrzehnten noch versucht hat auszurotten, sicher nicht die Bundesrepublik, aber das Groß-Deutschland.

Frage: Sie gehen also davon aus, das Bundeskanzler Kohl Ihnen kein Niederlassungsrecht gewähren wird?

K .: Ach, wissen Sie, wenn ein Bundeskanzler so weit geht, sich nicht öffentlich dazu zu bekennen, zu der deutschen Ostgrenze, dann wüßt ich wirklich nicht, warum er einer kleinen Minderheit von 4-5000 Roma Bleiberecht gewähren soll.

Frage: Hat aber nicht NRW-Innenminister Schnoor Ihre Forderungen im wesentlichen erfüllt?

K .: Man ist nicht der Forderung des Bettelmarsches nachgekommen, sondern man hat die Gruppe erkannt, man hat die Probleme erkannt, man muß dazu natürlich auch sagen, daß nur sehr wenig Menschen über diese Probleme überhaupt informiert sind, da schließ ich natürlich auch keine Landesregierung aus, die Landesregierung gerade in NRW hat Roma immer wie Ausländer behandelt, d.h., sie sind Ausländer, weil sie irgendwo irgendeine Nationalität zugeordnet bekommen, dementsprechend greift entweder das Ausländergesetz oder das Asylgesetz. es greifen nicht internationale Vereinbarungen für ethnische Minderheiten, weil wir als ethnische Minderheit sicherlich nicht problemlos von einem Land anerkannt werden können, sondern das muß eine Bundesregierung z.B. hier tun.

Deshalb ist Nordrhein-Westfalen von einem bestimmten Moment, wo es uns erkannt hat als Gruppe, wo es die Problematik auch erkannt hat, dazu übergegangen, eben den de facto-Staatenlosen, denn um den handelt es sich ja rein juristisch gesehen, nämlich um Menschen, die zwar eine Staatsbürgerschaft haben, aber de facto staatenlos sind, weil sie eben keinen Staat, kein Siedlungsgebiet haben, diesen Menschen ein Bleiberecht zu gewähren. Das ist natürlich etwas, das bislang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch niemals geschehen ist, und da muß man schon Nordrhein-Westfalen, gerade auch die Landesregierung, als etwas ganz Besonderes herausstellen, die nämlich das Erkennen einer Gruppe und dementsprechend auch eine Regelung für diese Gruppe praktiziert hat. Das hat es bis auf Hamburg, wo es zu einer Stichtagsregelung gekommen ist, bislang in keinem anderen Bundesland gegeben. Nun ist ja eine neue Situation eingetreten mit dem **neuen Ausländergesetz**, daß nämlich die Länder

jetzt keine eigenen Regelungen mehr treffen dürfen.

Es ist auch nicht nachvollziehbar, daß jemand, der in NRW wohnt und dessen Familie umverteilt worden ist nach Niedersachsen, z.B. hier in NRW bleiben kann, aber seine Familie in Niedersachsen abgeschoben wird, weil es dort keine Regelungen gibt. Das sind alles Dinge, die sicherlich nicht dazu beitragen, das Problem zu lösen, im Sinne der Menschen zu lösen.



Das ist aber unser Anliegen an die Bundesregierung, damit sie sich nicht ständig hinter den Ländern versteckt, das tut sie nämlich seit geraumer Zeit, der Briefwechsel mit der Bundesregierung füllt inzwischen Aktenordner, wo wir ständig hin und her geschoben werden, die Landesregierung sagt, die Bundesregierung wäre zuständig, die Bundesregierung sagt, die europäische Ebene wäre zuständig, die europäische Ebene sagt, ja, wir haben ja schon eine Empfehlung herausgegeben für Roma, dann sagt die Bundesregierung, ja gut, aber ihr seid keine Roma, ihr seid jetzt Jugoslawen, Türken, Griechen, ich weiß nicht was, Roma können wir nicht als ethnische Minderheit anerkennen, das sieht unser Grundgesetz nicht vor, obwohl das natürlich Irrsinn ist, weil in Schleswig-Holstein z.B. die dänische Minderheit anerkannt ist, also es geht schon, aber wir werden ständig hin und her geschoben, und das hat die Bundesregierung ja perfekt drauf, dieses Formaljuristische, und dabei bleiben die Menschen auf der Strecke.

Um dies zu dokumentieren, sind wir nun mal auf "die Strecke" gegangen.

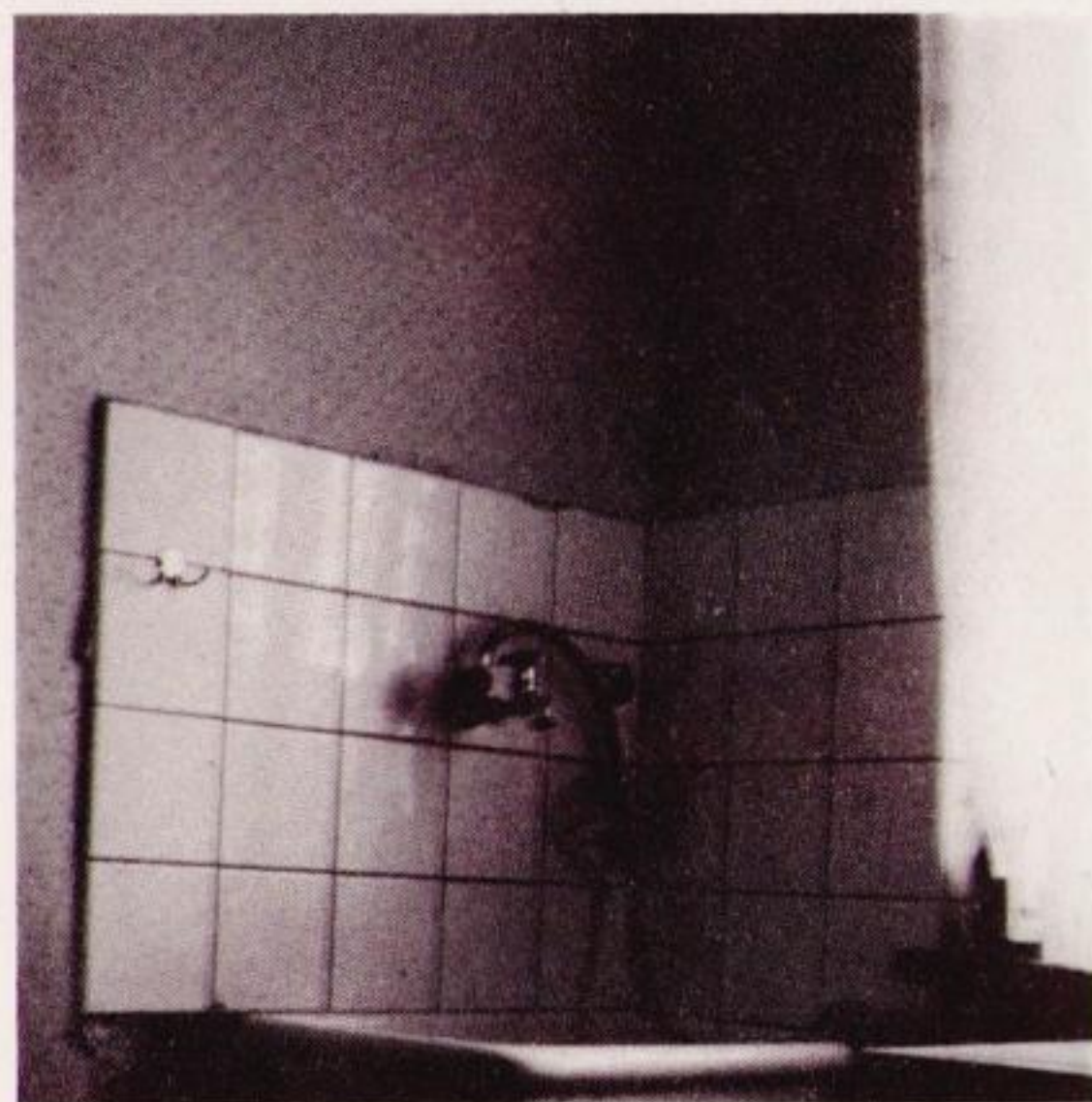
Um das vielleicht noch mal auf den Nenner zu bringen: Man wird uns entweder totschiessen oder diesen Men-

schen eine Heimat geben. Sie haben beschlossen, sich nicht mehr vertreiben zu lassen, und ich persönlich frage mich, daß im Moment das einzige Glück, das wir haben, daß man Auschwitz außer Betrieb gesetzt hat, sonst hätte man einen Platz für uns.

Frage: Sie haben die Bürger, die sich in der Bürgerinitiative hier in Recklinghausen zusammengeschlossen haben, als rassistisch bezeichnet. Waren Sie selbst mal dort und haben sich informiert, auch über die Roma und Cinti, die dort leben?

K .: Wir haben jemanden da aus der Strükedestraße, vielleicht kann er darauf antworten, was für Probleme...

Frager: Nein, ich habe Sie gefragt, ob Sie sich darüber informiert haben?



K .: Sicherlich habe ich mich darüber informiert. Das Problem ist ein generelles Problem, das wir immer wieder erleben, daß es aus kulturellen Spannungen heraus immer wieder zu Problemen kommt, gerade in Unterkünften, die man als sogenannte Asylunterkünfte bezeichnet, ob es die Strükedestraße hier ist, oder Hamburg-Bilbrook, ich weiß nicht, was in Köln-Longerich los ist, aber überall, wo Sie hinkommen, gibt es diese Probleme. Die Frage ist auch nicht, ob einzelne Menschen irgendwas tun, das kann man nie ausschließen, es gibt ebensowenig den

lieben netten Zigeuner, wie es den lieben netten Deutschen gibt. Das ist klar, nur es wird dann gefährlich, wenn man diese Probleme, die dort auftauchen, zum Anlaß nimmt, um seinen Rassismus abzureagieren, und daß es so war, haben wir hier gerade gezeigt, ganz deutlich, denn es ging nicht um die Strükedestraße, sondern es kamen

Roma, es kamen Roma, die durch Recklinghausen marschieren wollten, in Recklinghausen eine Unterkunft haben wollten, um einfach weiterzumarschieren. Ich sage mal etwas, was mir eigentlich schwerfällt: Wenn Sie sich mal mit denen unterhalten beim Roten Kreuz, die uns betreuen die ganze Zeit, die mit uns zusammenarbeiten, sie haben mir gesagt, das hör ich immer wieder, daß sie sich wünschen würden, daß diejenigen, die sie betreuen, z.B. aus der DDR, so diszipliniert, so ordentlich in Anführungsstrichen wären, daß es so gut laufen würde wie bei uns.

Ich will jetzt nicht den Super-Roma hervorkehren, ich fänd das einfach lächerlich und dumm, aber es ist nun einfach so, daß man das nicht generalisieren kann. Wenn man das macht, wie es hier geschehen ist in Recklinghausen, dann bleibt nichts anderes übrig, wenn man das objektiv sich mal ansieht, als blanker Rassismus.

Frage: Wenn hier in Recklinghausen Bürger sich nicht mehr trauen, an der Emscher spazieren zu gehen, weil sie von Zigeunern belästigt werden, dann kann man das nicht allen Zigeunern anlasten, aber hier ist das Problem schon ziemlich schlimm. Uch will jetzt nicht sagen, daß die Bürgerwehr das richtige Mittel ist, das halte ich für etwas überzogen, aber, was würden Sie sagen, wie man diese Probleme lösen könnte?

K .: Also, ich kann Ihnen z.B. eines sagen, in Bremerhaven haben die Grünen am 15. Mai einen Antrag auf Bleiberecht eingebracht, und der grüne Abgeordnete hat das begründet u.a. damit, daß 500 000 Roma von den Nazis ermordet wurden. Daraufhin ist ein Abgeordneter aufgestanden und hat gesagt: "Was, nur fünfhunderttausend? Schade!". In Cuxhafen sind in der Unterkunft, wo die Roma gelebt haben, von Deutschen die Scheiben eingeschmissen worden, es hat in Bremerhaven einen Brandanschlag gegeben, wo die Roma

mit Mühe und Not die Unterkünfte verlassen konnten, es ist mit Molotow-Coctails geworfen worden, es ist uns unterwegs von einem Wagen die Scheibe eingeschmissen worden, das sind ganz konkrete Fälle, die ich nennen kann, so, jetzt nennen Sie mir mal ganz konkrete Fälle aus der Strükedestraße, aber ganz konkret, bitte mit Daten, nicht, ich habe gehört von dem, der hat das und das erzählt, da kommen wir nämlich an einem Punkt an, wo man anfängt, unsachlich zu werden, und genau das ist eigentlich das Hauptproblem, Rassismus ist nicht sachlich. Wenn es um ein Problem geht des Ordnungsgesetzes, dann können Sie mir glauben, die Polizei geht härter gegen Roma vor als gegen normale Bundesbürger, das kann ich Ihnen aus Erfahrung sagen, das wird Ihnen auch jeder Polizist sagen, der sich mit dieser Problematik befaßt hat, das kann Ihnen auch jeder sagen, der aus der Arbeit stammt, es gibt Gruppen, die können Ihnen ausführlich berichten, wie Polizeikräfte mit Roma umgehen, so würde man niemals mit einer bundesdeutschen Familie, geschweige mit einer Gruppe machen. Das sind also alles Dinge, die sich in Luft auflösen, wenn man wirklich nachhakt. Es kann sein, daß ein Mensch jemanden belästigt, was ist belästigen, das ist natürlich auch eine Frage, wir können hier mit fünf Leuten stehen, Sie werden sicherlich gleich fragen, oder wenn Sie hier mal durch die Bevölkerung durchlaufen, dann finden Sie sicherlich 90 % der Menschen belästigt durch die Roma, die draußen vor der Tür stehen, die niemandem etwas tun, sie sitzen nur rum, sie belästigen sie aber durch ihre Gegenwart. Es mag einzelne Probleme geben, dann sollten wir aber über die einzelnen Probleme diskutieren und nicht generell über die Strükedestraße, nur was hat diese Strükedestraße mit den Roma zu tun, die hier durchmarschieren, wenn Sie mir da eine logische Erklärung für geben könnten.

Frager: Nein, das meinte ich nicht...

K .: Mal ne andere Frage, könnten Sie sich das vorstellen, daß man eine Bürgerwehr bildet gegen Juden?

Frager: (lacht) Nein, könnte ich mir nicht vorstellen...

K .: Sie könnten sich das nicht vorstellen? Also stellen Sie sich folgendes vor, da gibt es eine jüdische Siedlung,

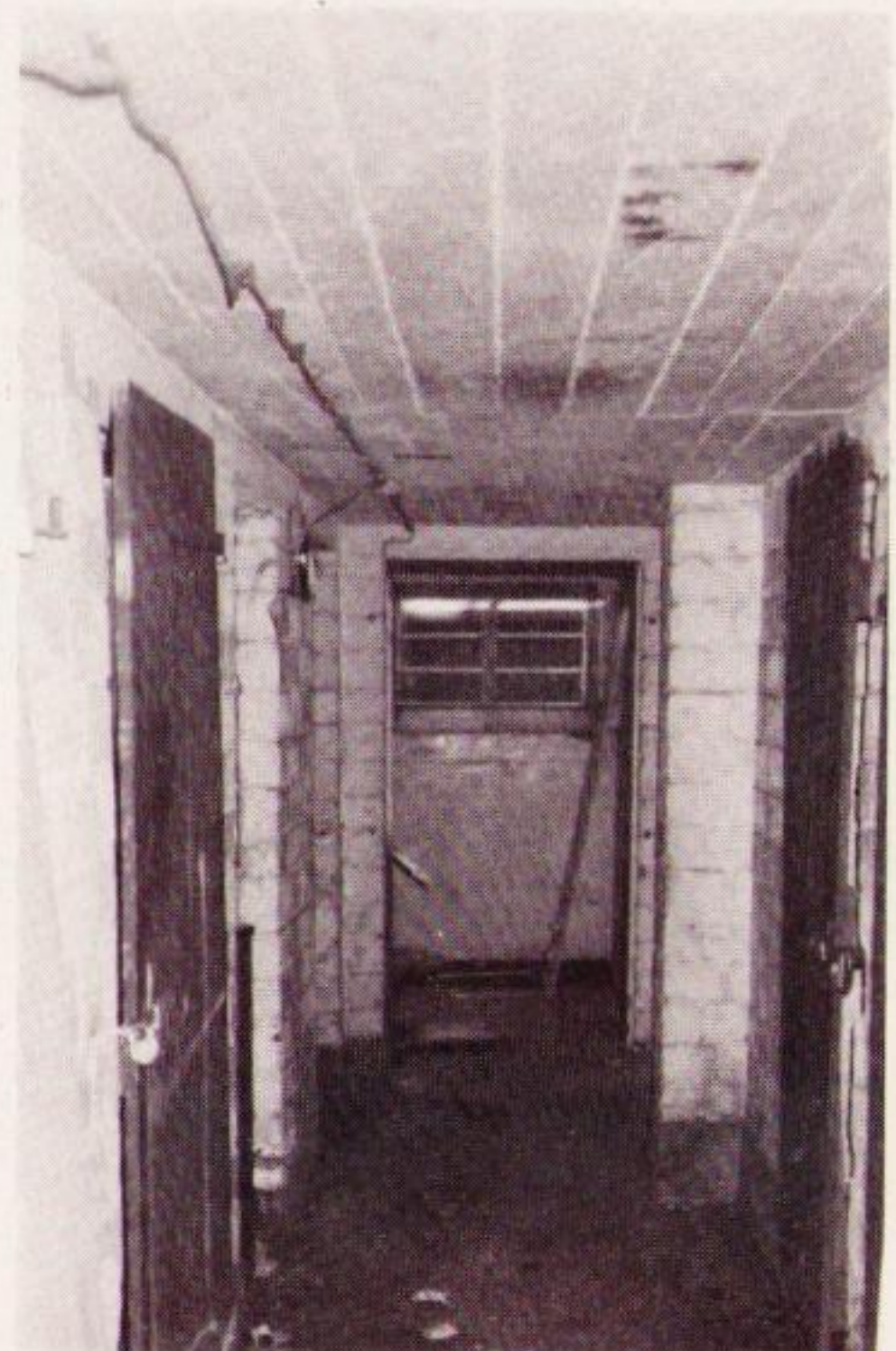
und da sagt ein Bürgermeister: "Da habe ich durchaus Verständnis für die Empörung der Bürger über das Verhalten der Juden dort".

Frager: Das kann ich so nicht akzeptieren...

K .: Aber es sagt ein Bürgermeister, und nicht irgendein Normalverbraucher, jemand, der hier das Sagen hat, dieser Mensch müßte zurücktreten, das ist auch meine Forderung. Wenn ein Jenninger zurücktreten muß, weil er Blödsinn geredet hat, dann müßte dieser Herr, der zum Rassenhaß aufruft, zurücktreten, aber direkt.

Frage: Wie sieht es aus mit dem konkreten Wunsch der Roma, in der Bundesrepublik zu leben. Würden Sie z.B. die Schulpflicht einhalten, ganz normal, und die Gesetze der Bundesrepublik akzeptieren?

K .: Eine Bemerkung vorweg, Ihre Frage zeigt schon, daß Sie sich bisher mit der Asylproblematik wenig beschäftigt haben. Die Geschichte ist die, daß z.B. für Asylbewerber keine Schulpflicht besteht, im Gegenteil, es soll alles verhindert werden, um eine Integration, ein Gewöhnen, so steht es im Gesetz, herbeizuführen. Diese Menschen schicken ihre Kinder zur Schule, weil sie sie einfach zur Schule schicken wollen. Gesetze akzeptieren, was heißt akzeptieren, es gibt einfach Gesetze, nach denen muß man sich richten, es gibt genauso schlechte Gesetze wie es schlechte Menschen gibt.



Frage: Würden Sie die Gesetze akzeptieren oder nicht?

K.: Ja nee, diese Gesetze in diesem Land sind für die Deutschen gemacht, das Ausländergesetz ist ein Gesetz, das die Ausländer ausgrenzt, was sie benachteiligt, ich weiß nicht, ob Sie sich damit auskennen, z.B. nach dem Arbeitsamtgesetz ist es einfach so, daß Ausländer in der Bundesrepublik nicht arbeiten dürfen. Aber Ihre Frage ist, ob wir hierbleiben wollen, ja, dafür sind wir auf dem Marsch.

Frage: Wollen Sie akzeptieren, daß Kindern z.B. angeboten wird, die Sprache zu erlernen, das Lesen und Schreiben zu erlernen, würden Sie das für sich auch akzeptieren?

K.: Na sicherlich. Nehmen Sie mich mal als Beispiel. Ich bin seit 1957 hier, ich falle aber immer noch unter Ausländergesetz, und ich kann einigermaßen Deutsch, das habe ich mir beigebracht, und ich bin auch hier ein bißchen zur Schule gegangen...

Frage: ...ja, aber die Stadt Recklinghausen erachtet es nicht für nötig, eine sinnvolle pädagogische Konzeption zu entwickeln, da werden dann zwei Roma-Kinder in eine Klasse rein getan, die Stadt weigert sich seit eineinhalb Jahren, über ein solches Konzept zu reden,

ich bin seitens des Flüchtlingsrates seit der Zeit darum bemüht, die Stadt weigert sich, ein Konzept zu erarbeiten, was eine Selbsthaftwerdung ermöglichen könnte. Z.B. der Brennpunkt in der Strükedestraße, das wissen Recklinghäuser, seit 30 Jahren ist das sozialer Brennpunkt, das da gewisse Unruhe entsteht bei den Anwohnern, ist klar. Die Stadt weigert sich einfach, irgendeiner Roma-Familie ne andere Wohnung zu geben, es fehlt vorne und hinten, und die Stadt drängt seit eineinhalb Jahren auf Abschiebung. Wenn es nicht die Möglichkeit über die Landesregierung gegeben hätte, hätte die Stadt Recklinghausen längst alle Roma abgeschoben. In der Stadt besteht eine große Koalition, bis auf die Grünen, gegen jegliche Integrationsversuche, und es ist ein Skandal, wenn Politiker wie SPD-Budschun oder L. Hegemann, stellvertretender CDU-Vorsitzender im Landtag, beide Mitglieder der, nicht Bürgerwehr, sie nennt sich ja Bürgerinitiative, sind, aber darauf werden wir sicher auch noch entsprechend reagieren.

K.: Ja, wenn es jetzt keine weiteren Fragen mehr gibt, würden wir gerne hier abbrechen, weil es doch noch ein paar Kilometer sind bis Gelsenkirchen. Wir bedanken uns bei allen Anwesenden für diese Pressekonferenz.



Inzwischen haben die Roma ihren Marsch beendet: Nachdem der Marsch in Gelsenkirchen unterbrochen werden mußte, fuhren sie mit Bussen nach Bonn. Hier trug eine Delegation die Forderungen nach Bleiberecht und Stopp jeglicher Abschiebung vor, Bundeskanzler Kohl "verzichtete" selbstverständlich darauf, die Delegation persönlich zu empfangen. Da die Bundesregierung - wie erwartet - nicht bereit war, auf die Forderungen einzugehen, wurde der Marsch von Bonn nach Aachen zur deutsch-holländischen Grenze fortgesetzt und der Grenzübergang besetzt. Erfolg dieser Aktion war immerhin, daß alle SPD-regierten Länder ein vorläufiges Bleiberecht aussprachen. Die RUC brach daraufhin die Aktion ab. Ganz sicher aber werden weitere Aktionen folgen.

NEIN ZUM STAATSVERTRAG !

Unter diesem Motto stand eine Veranstaltung in Recklinghausen, die von der dortigen Initiative für ein "Linkes Forum" in der Gaststätte "Kolpinghaus" durchgeführt wurde. In dieser Initiative haben sich bisher VSP, DKP, MLPD und unorganisierte Recklinghäuser Linke zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel ist, eine längerfristige Politik gegen die "Großdeutschland"-Pläne zu entwickeln, aber auch weitergehende Fragen "linker Politik" zu diskutieren und eine entsprechende Politik auf kommunaler Ebene zu entfalten.

Etwa 60 Leute waren anwesend, für die Ferienzeit sicher ein Erfolg. Referenten waren Winfried Wolf von der "Sozialistischen Zeitung" (SOZ) der VSP, Frank Berger von der Zeitung "Rote Fahne" (MLPD) und Jochen Hesse, stellvertretender Kreisvorsitzender der PDS aus Schmalkalden, der Partnerstadt Recklinghausens.

Es darf schon als außergewöhnlich angesehen werden, daß eine **gemeinsame** Veranstaltung der genannten Organisationen einschließlich einer Delegation der PDS zustandekam. Und in der Hauptseite war die Diskussion und der Meinungsaustausch sogar erfreulich sachlich und solidarisch, von einzelnen verbalen "Moralpredigten" der MLPD insbesondere gegenüber der PDS einmal abgesehen.

Auch die örtliche Presse berichtete recht ausführlich, wenn auch mit kleineren Fehlern (so wurden Wolf und Berger kurzerhand zu DDR-Journalisten erklärt, obwohl sie ein ausführliches Pressegespräch vor Beginn der Veranstaltung durchführten) über die Veranstaltung.

Für die Recklinghäuser Linke war die Veranstaltung ein gelungener Auf-

takt, die bisherige "Sprachlosigkeit" zwischen den Organisationen zu überwinden.

Die Recklinghäuser AntifaschistInnen begrüßten es besonders, daß zur Schmalkaldener PDS-Delegation auch **Kurt Pappenheim** gehörte, den sie auf einem Besuch der "AntifaZ" in Schmalkalden kennengelernt hatten (Berichte in Heft 23/90). Kurt berichtete nach der Veranstaltung noch ausführlich über die Gründung des **"Bundes der Antifaschisten"** in der DDR, an der er als Schmalkaldener Delegierter teilgenommen hatte.

Interessant und aufschlußreich auch die "Begleiterscheinungen" dieser Veranstaltung: Jusos und Grüne lehnten eine Teilnahme ab, Jusos immerhin mit Begründung (die Veranstalter seien ihnen zu "linksradikal"), Grüne ohne jeg-



liche Begründung.

Tage vorher erhielt der Wirt drei Drohanrufe aus der faschistischen Ecke, wenn er die Veranstaltung nicht absage, werde "man" sie zu verhindern wissen.

Ein solcher "Verhinderungsversuch" fand dann tatsächlich statt: nach gut einer Stunde

standen plötzlich 6-8 junge Leute aus dem FAP-Umfeld im Saal. Sie wurden vom Veranstaltungsleiter umgehend des Saales verwiesen, was von zwei anwesenden eher konservativeren Recklinghäusern zuerst kritisiert wurde. Die Nazi-Sympathisanten verließen nach der Aufforderung umgehend den Saal, sie hatten wohl nicht mit so viel Teilnehmern gerechnet. Als einer von ihnen beim Hinausgehen die Hand zum "Führergruß" reckte und "Endsieg" schrie, verstummte auch die Kritik an deren sofortigem Rauschmiß.

Überhaupt muß man den beiden anwesenden "Konservativen" das Kompliment machen, daß sie in ihren Beiträgen erstaunlich sachlich blieben und die PDS-Mitglieder nicht automatisch mit der SED in einen Topf warfen.

An dieser Stelle ist eher das ungeheuer moralisierende Diskussionsverhalten einzelner MLPD-Genossen zu kritisieren, die von der



DKP ständig "Selbstkritik" oder ein "Insichgehen" verlangten.

Inhaltlich kontrovers verlief im Verlauf der Diskussion einiges, Einigkeit aber bestand in der Ablehnung des Staatsvertrages als eines imperialistischen Vorgangs, in welchem die DDR vom westdeutschen Großkapital "annektiert" werde.

Kontrovers verlief die Diskussion in der Frage möglicher **Alternati-**

ven. Hier wurde von vielen der PDS (und auch der DKP) vorgehalten, sie strebten eine "Demokratisierung" auf kapitalistischer Grundlage an, insbesondere das PDS-Programm sei eine Neuauflage eines sozialdemokratischen Programms. Da es aber schon eine SPD gebe, wäre eine PDS mit ähnlichem Programm überflüssig. Dagegen wurde gehalten, daß die PDS sich im Übergang befinde, daß sie als Abgrenzung zur früheren SED-Politik gar nichts anderes könne als ein "demokratisches" Programm zu entwickeln.

Einigkeit bestand wieder in der Einschätzung der sozialen Folgen des Staatsvertrages und dem Wunsch, dagegen gemeinsam Politik zu machen.

Insgesamt ein gelungener Auftakt für eine beginnende linke Politik in Recklinghausen.



"BUND DER ANTIFASCHISTEN" IN DER DDR GEGRÜNDET

Der Bund heißt "antiFa"

Am 13. Mai 1990 wurde in der DDR ein "Bund der Antifaschisten - antiFa" gegründet. Der Schmalkaldener Antifaschist Kurt Pappenheim war Delegierter auf dem Gründungskongreß. Basierend auf seinen Informationen geben wir den folgenden Bericht und drucken im Anschluß daran das Gründungsdokument des "Bundes" ab.

"Daß es nicht leicht sein würde, alle unter einen Hut zu bringen, die den Antifaschismus als ihr Anliegen betrachten, das bewiesen bereits die regionalen Gründungsversammlungen des Bundes der Antifaschisten" - so beginnt ein Artikel von **Heiko Schröter** über den Gründungskongreß des "Bundes" in der Zeitung "Unsere Neue Zeitung"(UNZ), einer "Linken Wochenzeitung in Thüringen".

Der Bericht von **Kurt Pappenheim** bestätigte dies zum einen, brachte zum anderen die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich trotz der Meinungsverschiedenheiten die gemeinsame antifaschistische Basis des Bundes als tragfähig erweisen wird.

Kurt berichtet, daß **418 Delegierte** auf der Gründungsversammlung anwesend waren. Sie kamen aus allen Teilen der DDR. Er berichtete, daß ca. 40 % der Delegierten aus ehemaligen Verfolgten bestanden, erfreulicherweise etwa 20 % jünger als 30 Jahre alt waren, ca. 29 % seien Frauen.

Grundkonsens des Bundes sei der Wunsch, dem aufkommenden neuen Faschismus in der DDR entgegenzutreten. Die Delegierten hätten ihre Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß ein "aggressives Großdeutschland" verhindert würde. Auf dem Kongreß seien alle politischen Parteien und Weltanschauungen des antifaschistischen Spektrums vertreten gewesen, als da seien Autonome, Christen, Liberale, Kommuni-



sten, Widerstandskämpfer, Ausländer, Vertreter von Basisgruppen, Opfer stalinistischer Repression, Verfolgte des Naziregimes, Demokraten.

Insbesondere dem Auftreten der neofaschistischen REPs werde man große Aufmerksamkeit schenken.

Kritik sei auf dem Kongreß an der 1951 in der DDR erfolgten Auflösung der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" geübt worden.

Kritik wurde auch von jugendlichen Delegierten geübt, die den Eindruck hatten, sie sollten wieder einmal nur "mitmachen dürfen".

Zu kontroversen Auseinandersetzungen führte auch ein Antrag von **Kurt Geschonnek** zum "Stalinismus", der al-

lerdings in das Programm aufgenommen wurde.

Wir werden in Zukunft sicher häufiger über die "Antifa" in der DDR berichten. An dieser Stelle erst einmal unsere herzlichen Glückwünsche und solidarisches Kampfesgrüße an den gegründeten "Bund der Antifaschisten" in der DDR. Wir wünschen Eurer Arbeit viel Erfolg und hoffen auf enge Zusammenarbeit. Im folgenden nun das verabschiedete **Gründungsdocument**.

Programm des "Bundes der Antifaschisten - antiFa" der DDR:

I. Wer sind wir ?

Antifaschismus ist Humanismus in Aktion.

Die Vereinigung führt Menschen unterschiedlicher Grundpositionen, politischer Auffassungen, Rasse, Nationalität und Religion, verschiedenen Alters und Geschlechts, unabhängig von ihrer sozialen Stellung und ihrem Beruf zusammen.

Die volle Gleichberechtigung ihrer Mitglieder sowie die Anerkennung vielfältiger Motive und Formen sich zu organisieren, ebenso wie verschiedene Mittel und Methoden antifaschistischen Wirkens, sind ihre Basis.

II. Was wir wollen ?

Wir sind für eine Welt des Friedens und der Freiheit.

Wir sind für eine Welt ohne Not und Hunger.

Wir sind für radikale Abrüstung und für die Verwendung der dadurch freigewordenen Mittel zur Lösung globaler Überlebensprobleme der Menschheit.

Wir sind für die Bewahrung, den Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt.

Wir treten für einen lebendigen, tätigen Humanismus, für kulturvolle menschliche Beziehungen und für ein solidarisches Miteinander aller Menschen ein. Die historisch begründete Friedenspflicht des deutschen Volkes und der Antifaschismus müssen als Verfassungsgrundsätze festgeschrieben werden.

Wir treten für die Garantie aller in Europa bestehenden Grenzen ein.

Wir sind gegen jedweden Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, gegen jegliche Form von Ausländerfeindlichkeit.

Wir sind für Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Anderslebenden, Andersliebenden sowie gegen jede Bevormundung.

Berlin, am 13. Mai 1990

Anzeige

Drübbelken

KNEIPE

GALERIE

RESTAURANT



Münsterstraße 5 · 4350 Recklinghausen · Tel.: (0 23 61) 2 34 93

SCHÖNHUBERS WAHLKAMPFSHOW IN AACHEN VERHINDERT

Am Donnerstag, dem 19. April 1990, hatten sich Schönhuber und seine REPs im Eurogress zu einer Wahlkampfveranstaltung angesagt. Für den 21. und 22. April hatte sich dann auch gleich die NPD zu ihrem Bundesparteitag angemeldet, um wohl gemeinsam mit den REPs den Geburtstag ihres-mehr oder minder alten Idols zu gedenken.

Damit die Veranstaltung der REPs ohne Störung abläuft, haben sie schon einen Tag vorher in der **Aachener Woche** (wöchentliche Werbezeitung) in einer größeren Anzeige angekündigt, daß Mitglieder der VVN/BdA, DKP, SDAJ, NPD, FAP und WJ nach dem Veranstaltungsgesetz keinen Zutritt haben. Die Stadt Aachen war sich der "Harmlosigkeit" dieser Veranstaltung keineswegs unbeeindruckt und hat von Schönhuber eine Kautionskaution von einer Viertelmillion DM gefordert. Dies war Schönhuber wohl zu viel, denn er klagte vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster, wo seine Klage abgewiesen wurde, und schließlich in letzter Instanz vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, wo er ebenfalls eine Niederlage erlitten hat. Per einstweiliger Anordnung sollte die Stadt Aachen gezwungen werden, den REPs das Eurogress ohne Auflagen und auch ohne Haftungsübernahme für alle rund um den Veranstaltungsort auftretenden Schäden zu überlassen.

Die Richter sahen sich jedoch außerstande, eine solche Anordnung ergehen zu lassen, diese

„DIE REPUBLIKANER“

am 19. 4. 90 Auftaktveranstaltung
zur Landtagswahl am 13. 5. 90

Kursänderung für NRW

es spricht:

Franz Schönhuber, MdEP, Bundesvorsitzender

Ekkehard Voigt, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat

im Eurogress um 20.00 Uhr · Monheimsallee 52 · 5100 Aachen
Einlaß nur mit Eintrittskarte. Kartenbestellung beim Kreisverband
Aachen, Tel.-Nr. 0241-575308, Postfach 1433

Mitglieder folgender Gruppen erhalten nach dem Versammlungsgesetz keinen Zutritt:
VVN, BDA, DKP, SDAJ, NPD, FAP u. WJ

An der Abendkasse kein Kartenvorverkauf.

sei nur "zur Abwehr schwerer Nachteile" geboten.

Und dies sei nicht der Fall.

Bevor diese Entscheidung aus Karlsruhe am Morgen des 19.4. um 11 Uhr bekannt wurde, begann die Polizei, das Gebäude mit Stacheldraht und Barrieren zu sichern, bis die Zugangsperren nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts wieder abgebaut wurden. Daraufhin sagten die REPs die Veranstaltung ab.

Gegen diese Veranstaltung hatte sich im Vorfeld eine breite Bewegung gebildet: "Aus der Geschichte lernen- gemeinsam gegen Rechts" - Unter diesem Motto hatte der DGB Aachen, der Verein Aachener Friedenspreis, die Bildungsstätte KAB/CAJ (Katholische Arbeitneh-

merbewegung), die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Aachen, der KAB-Bezirksverband Aachen-Stadt und Eifel, die SPD, die Grünen und die VVN/BdA zu einer Protestkundgebung auf dem Markt vor dem Alten Rathaus aufgerufen. (Die Rede des Aachener Oberbürgermeisters Dr. Jürgen Linden ist im Anschluß im Wortlaut (gekürzt) dokumentiert). Gleichzeitig haben noch andere Organisationen wie die DGB-Jugend und die Jusos zur Verhinderung der Veranstaltung vor dem Eurogress aufgerufen.

"Wir sind alle froh, daß Schönhuber und Konsorten uns heute erspart geblieben sind." Dies sagte der Oberbürgermeister von Aachen vor dem Rathaus, was die über 1000 dort Versam-

melten mit Beifall aufnahmen. Zwischen den Rathausaufgängen waren das Rednerpult und starke Lautsprecher aufgebaut. Ein einzelner Polizist stand mit "starr-unbeweglichem Gesicht" (Aachener Nachrichten) vor der mit zwei Brettern "gesperrten" Rathhaustreppe. Einzelgewerkschaften hielten ihre Transparente hoch: "Nie wieder Faschismus" hieß es in mehreren Sprachen. Andere hatten Transparente dabei mit der Aufschrift "Keine Freiheit den Feinden der Freiheit" oder "Braune Rattenfänger-nein danke". Eine "linke" Schalmeiengruppe spielte zum Auftakt "Brüder zur Sonne, zur Freiheit".



DGB-Vorsitzender Willi Jentgens eröffnete die Kundgebung "gegen die Wiederauflebung des rechtsradikalen Gedankenguts". Aus der Geschichte lernen, meinte Jentgens, heiße auch zu betrachten, was in der Weimarer Republik ge-



schah: Erst hat sich der Nationalsozialismus den Anschein der Rechtsstaatlichkeit gegeben, "bis er die Maske fallen lassen konnte". Mit dem gleichen Strickmuster wird heute die Saat gesät. Als eine Ursache für den Erfolg der "Verführer von rechts" bezeichnete der DGB-Vorsitzende "die herrschende Politik, die die sozialen Probleme ungelöst läßt und sogar verschärft". Das "Konzept der Zweidrittel-Gesellschaft" zeige jetzt seine Wirkung.

Anschließend hielt OB Linden seine Rede. Für Aachen war dies eine ganz neue Dimension. So kamen auch in den Aachener Nachrichten am nächsten Tag Reaktionen von Bürgern wie z.B.: "Ich kann mich nicht erinnern, daß von dieser Rathhaustreppe herunter schon einmal eine solche politische Rede gehalten worden ist".

Nach Beendigung der Kundgebung auf dem Markt riefen die Jusos

spontan zu einem kleinen Spaziergang zum Eurogress auf. Unter Begleitung des Schalmeienklangs zog ein langer Demonstrationszug durch die Stadt, wobei die Polizei sich sogar soweit im Hintergrund hielt, daß der Anfang des Zuges den Straßenverkehr auf der vielbefahrenen Ringstraße eigenhändig stoppen mußte. Am Eurogress hatten sich seit 18.00 Uhr schon über 1000 Menschen versammelt mit Schildern wie: "Kein Rederecht für Faschisten" oder "FAP, NPD, REP sind nur die Spitze des Scheißberges".

Am Eingang des Eurogress hatte sich ein rund 20köpfiger Trupp von FAPlern breit gemacht und versuchte, die Demonstranten zu provozieren. Nachdem die FAPler fleißig herumfotografiert hatten (auch die Polizei und teilweise die Demonstranten), wurde es den Leuten zu dumm: Nach einer Lautsprecherdurchsage ist man/frau den "Faschos"

- gewaltlos - auf die Pelle gerückt. Da haben die "Faschos" doch Schieß gekriegt und sind zu ihrem einschlägig bekannten Lokal am Kapuzinergraben gezogen. Nachdem der Zug aus der Stadt eingetroffen war, befanden sich über 2000 Menschen vor dem Eurogress. Der Polizeipräsident versuchte, sich mühsam Gehör zu verschaffen und den Leuten zu erklären, daß die Republikaner aufgrund der Entscheidung des Verfassungsgerichts abgesagt hätten, und bot als Beweis seiner Aussage den Sprechern der Demonstration eine Kopie des Bescheides an. Dabei erklärte er auch, daß es sich bei den REPs nicht um seine Freunde handle und, wie er glaube zu wissen, auch nicht um die Freunde der Polizei (ungläubiges Gelächter).



Kurz vor 20.00 Uhr bildete sich ein weiterer spontaner Protestzug. Die 2000 Demonstranten ziehen Richtung Hauptpost. Die Polizei bleibt abermals im Hintergrund. Keine Konflikte! Etwas kritischer wurde es, als sich der Zug in Richtung des "Fascho-Lokals Bierbrunnen" bewegte. Die Polizei wurde etwas ner-

vöser, kreiste nun mit einem Hubschrauber über dem "Fascho-Lokal" und zog dort ihre Mannschaftswagen zusammen. Die FAPler hängten demonstrativ eine ihrer Fahnen aus dem Fenster, und die Demonstranten bewarfen diese, die FAPler und die "Faschokneipe" mit mit bunter Farbe gefüllten Ostereiern. Danach beruhigte es sich. Die meisten Demonstranten zogen ab. 200 Leute blieben noch stehen, wobei die Polizei nun mit denen das Gespräch suchte und ganz erstaunt war, wenn ein Vermummter auf ihr "gutes Zureden" hin sich entmummte.

Fazit: Keine Festnahme. Am nächsten Tag allerdings begann Schönhubers "Rachefeldzug" bei einer Pressekonferenz in Bonn gegen die Stadt Aachen, das Oberverwaltungsgericht in Münster und das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Durch "massenhafte Selbstanzeigen" wollen die REPs das Bundesverfassungsgericht und

Bundesinnenminister Schäuble zwingen, entweder die Partei zu verbieten (hoffentlich klappt es) oder ihr Verfassungstreue zu bescheinigen. Das Bundesverfassungsgericht hätte sich zum "Helfershelfer" machthungriger Politiker gemacht. "Gesiegt hat der rote Mob". Politiker und Richter hätten die Rechtsstaatlichkeit auf dem "Altar der politischen Opportunität geopfert". West- und ostdeutsche Politiker behandelten die

REPs "wie die Nationalsozialisten ihre politischen Gegner in den ersten Monaten nach der Machtergreifung". Sie arbeiteten "lieber mit kommunistischen Schergen und ihren blockparteilichen Helfershelfern" zusammen als mit den REPs. Der juristische Sieg könnte sich als Pyrrhussieg herausstellen. Das Verhalten des Bundesverfassungsgerichts sei "feige" und keine Basis mehr für demokratische Entscheidungen.

Er bringt das Bundesverfassungsgericht mit "schleichendem Linksfaschismus" in Verbindung, verleumdet Journalisten als Mitglieder "ferngesteuerter" Redaktionen, bezeichnet Richter und Politiker als "trojanische Esel, die das demokratische System zerstören", er attackiert "einen Herrn Galinski" und jene "jüdischen Kreise" und posaunt, daß seine Partei sich durch die "amerikanische Ostküste und den Kreml" nicht aufhalten lasse.

Er kritisiert nicht nur das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, sondern auch das Oberverwaltungsgericht Münster, das die Rechtsauffassung der Stadt Aachen bestätigt hatte. "Das OVG Münster hat mit diesem Aachener Urteil die rechtsfreie Hafenstraße von Hamburg über die anarchistische Kiefernstraße in Düsseldorf nach Aachen verlängert.

Mit diesem Rundumschlag hat sich Schönhuber bestimmt nicht nur Freunde gemacht.

blick nach draussen

Wuppertal, 25.4.90

Zum 25. April hatte **Schönhuber** 1250 Anhänger nach Elberfeld in die dortige Stadthalle geladen. Auffällig waren die Polizeimaßnahmen ab 10.00 Uhr morgens. Ab 17.00 Uhr hatte ein loses Bündnis zur Gegenkundgebung aufgerufen. Um 16.00 Uhr war der Zugang zur Halle weiträumig abgesperrt; stellenweise 150 m vor Ort kontrollierte die Polizei die Einladungen. Wer keine hatte oder wer nicht wenigstens ein braunes Parteibuch vorzeigen konnte, mußte draußen bleiben.

Schönhuber war für 20.00 Uhr angesagt. Über Lautsprecher wurden die GegendemonstrantInnen informiert, um Rep-Busse abzufangen. Fünf Bussen prügelte die Polizei den Weg frei. Wurfge-

schosse ließen Scheiben klirren. Dann wurde die Brücke hinter dem Bahnhof besetzt. Nun stand der Verkehr, kein REP kam mehr durch. Wegen der Gefahren verzichtete die Staatsmacht auf den Versuch, die Brücke zu räumen. Die Deutsche Bundesbahn drohte, wenn es zu Auseinandersetzungen käme, den Bahnverkehr zu stoppen.

Offizielle Bilanz: 200 REPs in der Halle, über 1000 kamen nicht rein. 1500 GegendemonstrantInnen, sieben Festnahmen, vier Verletzte, 1200 Polizisten im Einsatz. Die sollten übrigens nicht in erster Linie jemanden "schützen". Sie sollten zunächst "die Durchführung der Versammlung als Grundrecht sicherstellen".

Soltau, 17.5.90

Am 4.5. wollten die **Republikaner** im Ratscafe in Walsrode eine Wahlveranstaltung mit ihrem Kreisvorsitzenden Wienrich und dem berüchtigten Kurt Vajen durchführen.

Aus dem Treffen wurde nichts. Schon auf einer am Vorabend im Ratscafe stattfindenden ÖTV- und DGB-Veranstaltung zum neuen Ausländergesetz wurde gegenüber dem Inhaber darauf gedrängt, die Raumzusage zurückzunehmen. Eine Mobilisierung von AntifaschistInnen im Kreis begann. Am 4.5. intervenierte dann noch der DGB-Kreisvorsitzende beim Besitzer des Ratscafes. Dieser entschied daraufhin, den Republikanern keinen Raum zu geben. Gut 80 AntifaschistInnen demonstrierten dann am geplanten Veranstaltungstag durch Walsrode. Parolen waren u.a.: "Keine Faschisten in den Landtag", "Nazis raus", "Tod dem Faschismus", "Hoch die Internationale So-



lidarität". An der Demonstration und der abschließenden Kundgebung vor dem Jugendzentrum beteiligten sich sehr viele KurdInnen. Sie wiesen in der Kundgebung auf den Zusammenhang der Bekämpfung des Faschismus hier und des Befreiungskampfes in Kurdistan hin.



Je höher der Kopf, desto größer der Fremdenhaß

Rorschach(Schweiz), 12.6.90

Am Pfingstmontag haben vier Schweizer in Rorschach einen Anschlag auf Flüchtlinge durchgeführt. In angetrunkenem Zustand haben sie von einem Auto aus mit einer Armeepistole Gummigeschosse gegen die Flüchtlinge abgefeuert. Dabei wurde mindestens ein Flüchtling verletzt. Da sich die Flüchtlinge das Kennzeichen des von den Rassistinnen verwendeten Fahrzeugs merken konnten, wurden diese etwa eine Stunde nach dem brutalen Überfall gefaßt. Noch ist offen, wie dieser rassistische Angriff von Seiten der Staatsgewalt weiterverfolgt wird. Oft ist staatlicherseits von "verworrenen" Einzeltätern die Rede, obwohl sich rassistische Umtriebe in der Schweiz ständig ausdehnen. Überfälle auf Flüchtlingsunterkünfte oder Angriffe auf einzelne Flüchtlinge mit Todesfolgen gibt es viele. Die von der Schweizer Regierung betriebene Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes trägt auch dazu bei, daß sich diese Angriffe häufen.

Weinheim, 13.6.90

Nach den Aktionen gegen Naziterror und **NPD-Landesparteitag am 27.5.** haben vor allem NPDler, Polizei und Presse ihre Hetze gegen den stärker werdenden antifaschistischen Widerstand verschärft, um dagegen ein "Roll-back" zu erreichen. Die Presse veröffentlicht munter die Forderungen des DL-Stadtrats Deckert nach einer Sondersitzung des Gemeinderats und nach Bekanntgabe der durch Polizeieinsatz (800 Mann) und das durch die Stadt angestrengte Gerichtsverfahren bis zum VGH entstandenen Kosten.

Außerdem verlangt er, daß alle in Vorbereitung der Aktionen verklebten Plakate entfernt und dem Aktionsbündnis in Rechnung gestellt werden. Die Polizei hetzt gegen die Autonomen, die angeblich Unbeteiligte angegriffen hätten (teilweise waren bekannte Taunusfrontler diese "Unbeteiligten"); sie droht offen, bei weiteren Aktionen weit schärfer als bisher vorzugehen. Die Grünen, die die Aktionen teilweise unterstützt hatten, übernehmen den Polizeibericht samt Falschaussagen und satteln sogar noch drauf: Die in der Nacht stattgefundenen Übergriffe "von den Autonomen", die offensichtlich hauptsächlich von angetrunkenen Jugendlichen in völlig desorganisierten Aktiönchen durchgeführt worden waren und mit über zehn Festnahmen - teils von daran Unbeteiligten - endeten, machten eine Zusammenarbeit mit solchen Weinheimer Organisationen unmöglich, die sich nicht ausdrücklich davon distanzierten. Die verschiedenen antifaschistisch orientierten Zusammenschlüsse in Weinheim sind nun damit beschäftigt, mit der "Nachbereitung" der Aktionen umzugehen, und kommen nur langsam dazu, weitere Tätigkeiten und inhaltliche Aktionen zu planen, um das "Roll-back" zu bremsen und die NPD samt Schlägertrupps in der Isolierung zu halten. Gleichzeitig gehen diese Schlägertrupps dazu über, einzelnen Antifaschisten aufzulauern und sie zu vermöbeln.

SOLIDARITÄTSFEST GEGEN RECHTS

IN CASTROP-RAUXEL



Am 11. Mai veranstaltete die "SchülerInnen-Initiative" der Gesamtschule Castrop-Rauxel ihren "Antifa-Tag 90". In diesem Rahmen fand abends auch ein "Solidaritätsfest gegen Rechts" im Pädagogischen Zentrum der GS statt. In dem reichen Programm mit Schülerkabarett, Musikdarbietungen und Informationen war wohl das wichtigste Element eine Podiumsdiskussion mit O. Tolmein (Journalist), H. Rohr (Pfarrer), J. Mazoglu (Iraner), Kellmann (Grüne), Kruse (CDU) und Molloisch (SPD). Die Diskussionsleitung hatte Frank Strassen, Lehrer an der GS.

Die Diskussionsteilnehmer sollten zu vier Fragekomplexen Stellung nehmen:

- Sehen Sie Tendenzen eines aufkommenden Nationalismus und Rechtsextremismus?
- Wie beurteilen Sie die Wiedervereinigung?
- Welche Gegenkonzepte gegen eine mögliche Rechtsentwicklung bieten Sie an?
- Wie beurteilen Sie die Entwicklung neofaschistischer Parteien in einem "Vereinten Europa"?

Die radikalste Antwort auf diese Fragen gab O. Tolmein: Der Nationalismus ist "an der Regierung", der Widerstand dagegen in der Opposition. Eine antinationalistische Strategie müsse "Überhaupt kein Deutschland" fordern. Ein gemeinsames "Selbstbestimmungsrecht" des Kapitals und der Arbeiter existiere nicht. Im Zuge der "Wiedervereinigung" würden vor allem die Rechte der Frauen in der DDR völlig

verloren gehen. Man müsse der Suggestion, es gebe gar keine Möglichkeit des Widerstands gegen die nationalistische Politik, entgegenwirken. Möglichkeiten hierzu böten internationalistische Projekte, Kampf gegen die Ausländergesetze, Widerstand gegen die Ausweitung des "eugenischen Denkens". Tolmein rief dann konkret zur Teilnahme an der Demonstration "Nie wieder Deutschland" am 12. Mai in Frankfurt/M.

auf.

Der iranische Diskussteilnehmer I. Mazoglu ging vor allem darauf ein, daß die Ausländerfeindlichkeit Bestandteil des Rechtsextremismus sei. Eine Ursache für Ausländerfeindlichkeit sei die reaktionäre Ausländergesetzgebung, welche die Menschen in zwei Gruppen mit gleichen Pflichten, aber unterschiedlichen Rechten teile.

Der SPD-Vertreter versuchte nachzuweisen, daß der Wahlerfolg "brauner" Parteien in erster Linie ein Problem mangelnder Aufklärung und ungenügender Erziehung darstelle.

Pfarrer Rohr zeigte auf, daß eine deutliche Affinität zwischen der Regierungspolitik und den Wahlaufufen der REPs bestehe. Er führte weiter aus, daß der Faschismus als "Bazillus" nicht auszurotten sei, daher in "Quarantäne" verbracht werden müsse. Er hob hervor, daß christlicher Glaube und Faschismus **unvereinbar** seien.

CDU-Vertreter Kruse grenzte sich von Faschismus und Kommunismus ab und rief "die Jugend" dazu auf, sich in

den "demokratischen Parteien" zu engagieren. Fast zum Eklat kam es, als Teilnehmer der Veranstaltung ihm vorhielten, daß während der Veranstaltung Mitglieder der "Jungen Union" (Jugendorganisation der CDU) ein Flugblatt verteilten, in welchem die "Grünen" als Antidemokraten und Helfershelfer des Terrorismus diffamiert wurden. Kruse distanzierte sich **nicht** von diesem Hetzblatt.

Anschließend gab M. Kellmann von den Grünen eine eher pessimistische Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung, da z.B. das kommunale Ausländerwahlrecht so gut wie gescheitert sei, die DDR der BRD quasi "in den Schoß gefallen" sei. In der "Wiedervereinigung" sah er aber auch eine "Chance", die Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften in der DDR zu nutzen. Er sah ebenfalls die Gefahren von aufkommendem Nationalismus und Neofaschismus, stellte dagegen als gutes Beispiel antifaschistischen Widerstands die Aktion gegen die DVU in Schwelm, wo ein breites Bündnis

das Auftreten der Faschisten verhindert hatte.

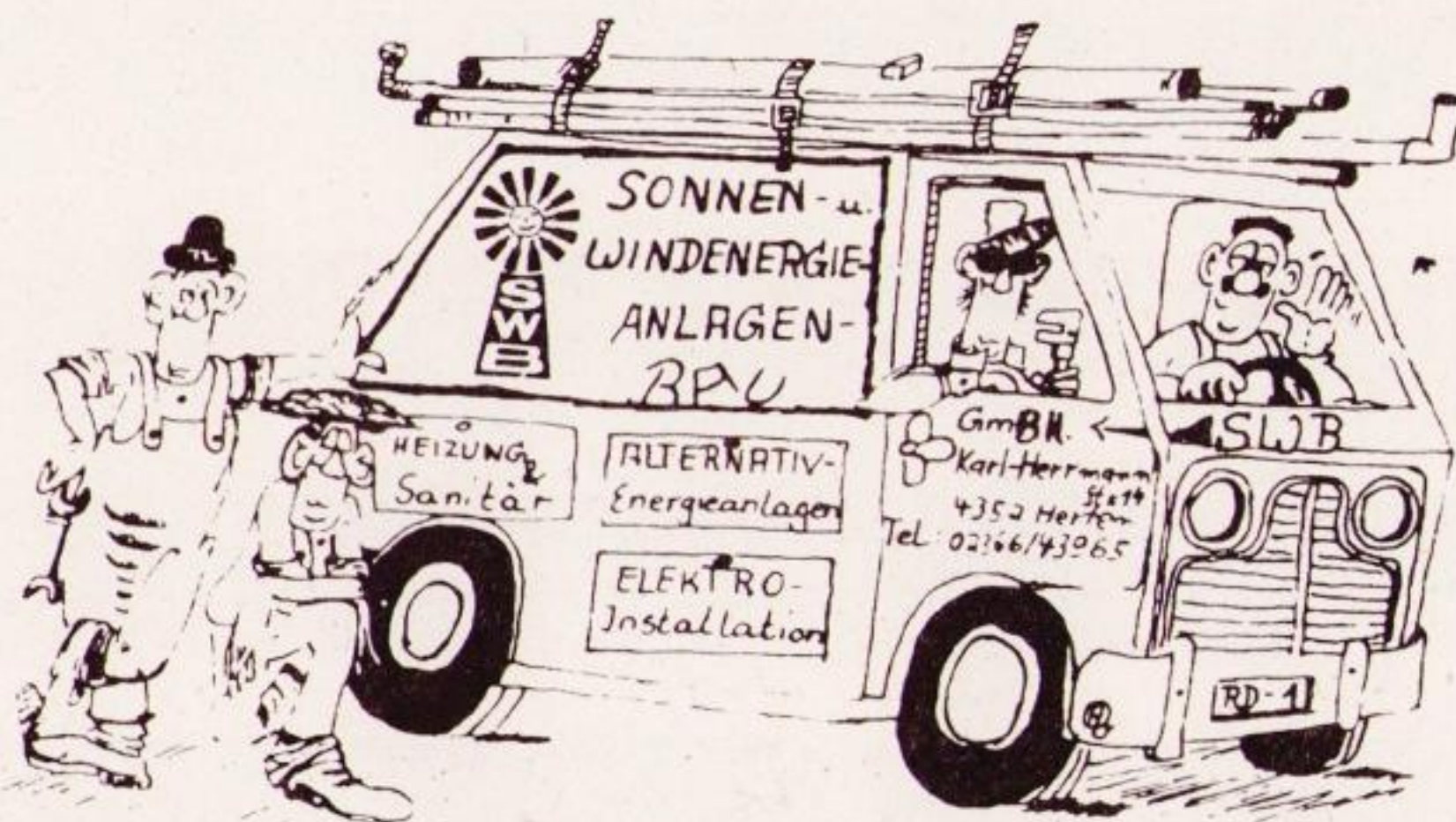
Im Verlauf der Diskussion wurde häufig die Frage berührt, inwieweit auf einer undemokratischen Wirtschaftsordnung in der BRD überhaupt sich eine "politische Demokratie" entwickeln könne. Auch Pfarrer Rohr These vom Faschismus als "Bazillus" wurde aufgegriffen, der CDU-Vertreter sah ebenfalls die Ursache des Faschismus in der "menschlichen Natur", Rohr distanzierte sich dann aber von einer solchen Interpretation. Auch er sah kaum noch Chancen in der "Wiedervereinigung", es habe eine Chance gegeben durch die Demokratiebewegung, diese aber sei "überrollt" worden, die Chance sei vertan.

Auch die Notwendigkeit, den sogenannten "Stiefelfaschisten" (FAP, Skins, etc.) nicht die Straße zu überlassen, wurde in der Diskussion hervorgehoben.

Fazit:

Die Diskussion wurde von den meisten als nützlich angesehen, insgesamt war der **"Anti-fa-Tag 90"** ein Erfolg.

Anzeige



LESERBRIEFE LESERBRIEFE LESERBRIEFE

Ina Riepe
Brüderstr. 21
5810 Witten

Liebe AntifaZlerInnen!

Mit Befremden und Ärger mußten wir die Vorstellung unserer Zeitung **"Antifa'cts"**(Witten) zur Kenntnis nehmen.

Selbst wenn man/frau die gewisse Selbstgefälligkeit Eurer "Beurteilung" anderer Zeitungen übersieht, so hört es doch spätestens dann auf mit der Großzügigkeit, wenn man auf völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen stößt.

So schreibt Ihr im Abschnitt über die Organisationszugehörigkeit unserer Gruppe: "Die Zeitschrift bezeichnet sich ebenfalls als "unabhängig". Dies ist u.E. auch zumindest soweit zutreffend, als die Zeitschrift das Spektrum eines antifaschistischen Bündnisses widerspiegelt." Stellt Euch vor: auch ohne diese "Widerspiegelung" ist eine politische Unabhängigkeit möglich!

Die DKP hat schon vor Jahren nach kurzer und lauer Mitarbeit und ohne Angabe von Gründen die Mitarbeit aufgegeben. (Wir erinnern uns, daß ihre Vertreterin es kaum ertrug, wenn an der SPD Kritik geübt wurde).

Falken haben wir noch nie zu Gesicht bekommen.

Grüne arbeiten zwar mit, doch eher mit typisch nicht-grüner Variante. Wir würden uns freuen, Gewerkschafter (nur Männer?) begrüßen zu dürfen. Einen bzw. zwei Autonome(im Sinne der politischen Zuordnung) gibt es in der Tat, ansonsten sind wir alle autonom in unserer politischen Entscheidungs- und Handlungsfreiheit.

(Für alle, die den letzten AntifaZ-Artikel nicht kennen: DKP/Grüne/Gewerkschafter/Falken/Autonome wurden als Bestandteile unserer Gruppe genannt).

Also: auch wenn beim Schreiber des Artikels vermutlich der Wunsch der Vater des Gedankens war, sollte man bei der Vorstellung einer Zeitung lieber mit den VertreterInnen derselben Rücksprache nehmen: meine Adresse hattet Ihr ja wohl, denn sie wurde bei Euch einfach mitabgedruckt!

Zum Schluß möchten wir uns noch den Hinweis erlauben, daß wir auch bei mehrheitlich **keiner** politischen Partei oder Gruppe zuzuordnenden Zusammensetzung ganz gut - bei allem, was an Differenzen halt so aufkommt - zurechtkommen.

Ansonsten alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Ina

(Redaktion der "Antifa'cts")

Antwort der AntifaZ-Redaktion:

Liebe Ina, liebe Redaktion der "Antifa'cts"!

Entschuldigt unsere Unkenntnis. Diesmal hatten wir eigentlich ein ganz gutes Gewissen. Zum einen hatten wir die Tatsache, daß das "Antifaschistische Aktionsbündnis Witten" Eure Zeitung herausgibt, aus dem Vorspann der "Antifa'cts" zitiert, zum anderen hatte uns ein Freund aus Witten die von uns wiedergegebene Zusammensetzung Eures Aktionsbündnisses genannt. Tut uns echt weh, daß diese Informationen nicht vollständig zutrafen.

Ihr habt recht, wir hätten Ina ansprechen sollen, um die Informationen "aus erster Hand"(und auf dem aktuellen Stand) zu bekommen.

Da Inas Anschrift in der "Antifa' cts" als Redaktionsadresse angegeben ist, haben wir uns nichts Böses dabei gedacht, als wir diese Adresse abgedruckt haben - wir hoffen, daß dadurch die Verbreitung der "Antifa' cts" ein wenig unterstützt werden kann.

Unsere Berichterstattung will auf keinen Fall andere Antifa-Zeitschriften mit Zensuren versehen, im Gegenteil wollen wir dazu beitragen, daß der Kontakt **zwischen** den Zeitungen verbessert wird. Allerdings wollen wir auch in solidarischer Form Kritik üben dürfen - und erwarten natürlich auch Kritik an der **AntifaZ**.

In diesem Sinne herzlichen Dank für Euren Brief,

mit freundlichen Grüßen

Eure

AntifaZ-Redaktion

Helmut Baumbach
Kreuzstr. 21
6081 Schwallungen
DDR

Liebe AntifaZlerInnen,

als Sohn eines antifaschistischen Widerstandskämpfers nahm ich am Sonnabend, dem 16. Juni, an der Gründungsversammlung des **Bundes der Antifaschisten** im Bezirk in Suhl teil.

Es war eine sehr würdige Zusammenkunft, die ausgehend von den Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandskampfes auch zu neuen Formen und Methoden des Kampfes gegen den Neo-Faschismus in der DDR Stellung nahm.

Während dieses Treffens beschäftigte ich mich für kurze Zeit mit dem Inhalt Ihrer Zeitschrift "AntifaZ", Heft 23, Mai/Juni 1990.

Ich habe in den letzten Jahren den Antifaschismus meines Heimatortes Schwallungen, Kreis Schmalkalden, bis zum Jahre 1945 erforscht, weshalb der Inhalt dieser Ausgabe für mich sehr interessant ist. Besonderes Augenmerk widmete ich dem Beitrag über **Ludwig Pappenheim**. Bei meinen Forschungen fiel mir auch ein Brief von L. Pappenheim in die Hände, welchen er im Juni 1933 aus dem Gerichtsgefängnis Suhl schrieb. Seine beiden Söhne Günther und Kurt sind mir seit vielen Jahren gut bekannt. In der Anlage überlasse ich Ihnen die Photographie von einer graphischen Darstellung des Antifaschistischen Widerstandskampfes von 1933-1945 in Schwallungen. In einer flächenmäßigen Größe von 2 mal 1 m wurde sie anlässlich der 1200-Jahr-Feier 1988 in Schwallungen in einer Gaststätte für die Bevölkerung öffentlich ausgestellt. Leider wurde diese Arbeit nach wenigen Tagen von dem ehemaligen SED-Sekretariat Schmalkalden beschlagnahmt und sichergestellt. Antifaschistische Geschichtspromaganda durfte eben nur eine vorgegebene und genehmigte "Pflichtübung" sein. Eigene Überlegungen, von der Basis diesbezüglich entwickelte Initiativen waren bei unseren Großstalinisten nicht gestattet.

Mit antifaschistischen Grüßen

Helmut Baumbach

Vom Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus (1933-1945)

(Aus der 1200-jährigen Geschichte unseres Heimatortes)

Die Nacht des Faschismus begann auch in Schwallungen mit der Verhaftung von Kommunisten.

So wurden nach der Reichstagsbrandstiftung 1933 und später fünf Schwallunger Thalmann-Genossen zu insgesamt neun Jahren Zuchthaus verurteilt.

Genosse Friedrich Abe
Genosse Theodor Baumbach
Genosse Fritz Eberhardt
Genosse August Nößler
Genosse Oswin Sickert

In der Nazizeit haben die Schwallunger Kommunisten und Sozialdemokraten illegal Verbindung gehalten. Fast täglich haben sie abends Sendungen von „Radio Moskau“ gehört. Es bestanden auch Verbindungen mit Genossen aus Niederschmalkalden und Wernshausen. Es war für die Kommunisten sehr schwer und gefährlich gegenseitig Verbindung aufzunehmen.

Die Schwallunger Kommunisten hatten sich gut auf den „Tag der Befreiung“ vorbereitet.

Im Juli 1945 begrüßten Thalmanngenossen und junge Antifaschisten die Ankunft der „Roten Armee“ mit Transparenten

„Für Euch der Sieg -
Für uns die Freiheit!“

Vom heiligen „Platz der Df“ brachte die befreite KPD-Fahne die Kunde vom antifaschistischen demokratischen Neubeginn.

Die Fahne der Ortsgruppe Schwallungen mit dem Ehrenzeichen

„Hammer und Sichel“ hat die Nacht des Faschismus eingemauert überstanden. Der Retter der Fahne, Moritz Wagner, hat mit seiner Tat das Parteibanner als lebendiges Zeugnis der örtlichen Arbeiterbewegung den Schwallunger Kommunisten erhalten.

Dieter Klauth
Kurt-Schumacher-Str. 37
4352 Herten

betr.: "Antiimperialistischer Kongreß"

Berichterstattung in Heft 23

"Unsachlich" und "überheblich" wäre wohl eine zurückhaltende Bewertung der Berichterstattung über den antiimperialistischen Kongreß am 31.3./1.4. in Duisburg. Schon die Behauptung, es habe sich bei den über 600 Anwesenden überwiegend um Mitglieder der MLPD gehandelt, ist schlichtweg falsch: Das war bei den Teilnehmern aus dem Kreis Recklinghausen nicht so, und es war auch insgesamt nicht der Fall. Mitglieder der MLPD waren etwa ein Drittel.

Auch inhaltlich ist die Darstellung der MLPD-Politik schlichtweg falsch: Worin soll die behauptete Schwierigkeit bestehen, die Deutschlandpläne des BRD-Imperialismus mit seinen Europaplänen in Zusammenhang zu sehen? Seit jeher war das Vorgehen der deutschen Monopole zweigleisig: Einerseits ein möglichst großer Nationalstaat, andererseits die Vorherrschaft in Europa.

Allerdings hatte die MLPD durch eine Arbeit an der Basis über 90 Prozent der Teilnehmer mobilisiert - hätten die anderen beteiligten Organisationen sich ebenso ins Zeug gelegt, wäre dies meiner Ansicht nach ein wichtigerer Beitrag gewesen, als hinterher zu motzen.

Hätte der Schreiber sich sachkundig gemacht, dann hätte er leicht feststellen können, daß die MLPD (und ihre Vorläuferorganisationen) seit über 20 Jahren eine konkrete Analyse des BRD-Imperialismus vorgenommen haben und es auf dieser Grundlage auch gelingen konnte, Kolleginnen und Kollegen zu dem Kongreß zu mobilisieren.

"Klätlich", "platt", "dümlich", "Arroganz" und "Anmaßung" sind die weiteren Schmeicheleien in der "Auseinadersetzung" mit der MLPD, die in der Behauptung gipfelt, man habe diese in den praktischen Kämpfen bisher nicht entdecken können. Man muß sich ernsthaft fragen, wo der Schreiber lebt. Als politische Partei ordnet sich die MLPD selbstverständlich nicht der spontanen Bewegung unter und wirbelt überall da mit, wo gerade "was läuft".

Sei es jedoch die Organisation antifaschistischer Aktionen, die Durchführung internationalistischer Kampagnen, die Unterstützung wirtschaftlicher und politischer Kämpfe in den Betrieben oder die Schulungs- und Bildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen - der Platz würde nicht ausreichen, das im einzelnen darzustellen. Doch: Wo das Aug nicht sehen will, helfen weder Licht noch Brill!

Zum Schluß noch eine Anmerkung: Als Beobachter des Pfingstkongresses der **Radikalen Linken** in Köln wurde mir ein Vergleich zwischen den beiden Kongressen möglich. In Duisburg: Initiative auch bisher "unpolitischer" Menschen, gründliche Vorbereitung, 11 Arbeitsgruppen, demokratische Abstimmungen, handfeste Ergebnisse. In Köln: Chaotischer Ablauf, "Prominenten"-gesülze, keinerlei Arbeitsgruppen, keine Abstimmung über die als entscheidend angesehenen Ergebnisse - dafür "Akklamation".

Ich wünsche mir, daß möglichst viele AntifaZ-Leser sich in der **Praxis** ein Bild machen werden, um selbst herauszufinden, warum die MLPD manchen Linken offenbar ein Dorn im Auge ist.

Dieter Klauth

Antwort der Redaktion:

Einige AntifaZ-Leser konnten sich auf der Veranstaltung gegen den **"Staatsvertrag"** am 22.6.90 in Recklinghausen ein wenig ein Bild von der **"Praxis"** der MLPD machen - siehe Berichterstattung in dieser Ausgabe.

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer
Biologisches Bauen
Chemie in Lebensmitteln
Dritte Welt
Entwicklungspolitik
Faschismus
Geschichte
Heilkräuter
Indianer
Kriegsgefahr
Liebe
Medien

Neonazismus
Ökologie
Politik
Reisen
Sanfte Energien
Trampen
Umweltschutz
Vollwerternährung
Waldsterben
Yoga
Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 Marl
02365/66 803

Schaut mal rein!

"Gegenbericht" zum "Bericht" über die Veranstaltung gegen Großdeutschland in Recklinghausen (siehe AntifaZ Nr. 23/90)

Daß Ihr als AntifaZ-Redaktion DIE GRÜNEN nicht liebt, ist offenkundig. Müßt Ihr ja auch nicht. Es würde ja reichen, wenn Ihr nicht nur deren Ökofond, sondern auch deren Arbeit wahrnehmen würdet. Daß sich aber Eure GRÜNE Abneigung wie ein roter Faden quer durch den Bericht zieht und Ihr plump auf die einschlägt, die in Initiativen und Parlamenten versuchen, antifaschistisches Gedankengut zu konkretisieren, würde selbst der noch so rechten Presse zu bürgerlichem Ruhm gereichen.

Konkret: es gab weder ein "grünes Konzept" noch haben die GRÜNEN "ihr Motto" o.g. Veranstaltung aufgedrückt. Richtig ist: in der Vorbereitungsgruppe für die Veranstaltung saß neben ca. 10 VertreterInnen aus anderen Gruppen (Jusos, Frauengruppen, Autonome, DTV, Antifagruppen, DKP, etc.) auch ein Grünes Ratsmitglied. Diesem undemokratische Einflußnahme zu unterstellen, verkennt die Realität, entmündigt die anderen Mitglieder und läßt sich nur psychologisch als simple Projektion eigener leidiger Verhaltensweisen des AntifaZ-Redakteurs deuten.

Hinzu kommt: das angeblich "ursprüngliche Konzept" der Veranstaltung war ein von einem AFB-"Kollegen" erstellter Flugblattentwurf. In Kenntnis dieses Papiers wurde auf zwei Sitzungen ausführlich über die Inhalte der Veranstaltung diskutiert und unsere eigene Position geklärt. Bei diesen Sitzungen war

1. der AFB nicht mehr anwesend;
2. wurde übereinstimmend eine inhaltliche Konkretisierung der Allgemeinplätze des vorgelegten Papiers als notwendig empfunden.

Hätte die AntifaZ ein Interesse an einer inhaltlichen Berichterstattung über die Veranstaltung und die vorab gelaufene Diskussion gehabt, hätte man das Flugblatt abdrucken sollen. Das war inhaltlich bei weitem fundierter und besser zu lesen als der falsche, inhaltlich dürftige und zudem wirre Bericht über die Veranstaltung.

Eure Interpretation des Mottos der Veranstaltung zeugt davon, wie bewußt Ihr bei der Podiumsdiskussion weggehört haben müßt und daß Ihr, die Ihr Euch

selber AntifaschistInnen nennt, trotzdem wenig historisch und dialektisch denkt. Denn natürlich ist "Kooperation" auch unter kapitalistischen Bedingungen etwas anderes als "Anschluß"! Selbst die AntifaZ-Redaktion lebt ja unter diesen "kapitalistischen Bedingungen" und kann sich auch beim besten Willen nicht einfach außerhalb stellen. Da muß man schon mal genauer fragen, wer denn mit wem kooperieren, also zusammenarbeiten will. Die Vorbereitungsgruppe, aber auch die TeilnehmerInnen der Veranstaltung waren sich einig, daß z.B. eine Kooperation mit den demokratischen Oppositionsbewegungen in der DDR sehr wünschenswert wäre. Und um eine weitere Falschmeldung zurechtzurücken: auch GRÜNE gingen und gehen nicht konform mit Äußerungen von Vertretern des "Neuen Forums", die den Wunsch nach einer kritiklosen Übernahme westlicher/kapitalistischer Strukturen (soziale Marktwirtschaft, Betriebsverfassungsgesetz, etc.) äußerten. Eine klare Absage an die kapitalistische Wiedervereinigung gab es - entgegen Eurer Darstellung - nicht nur von H. Bogdal, sondern auch von D. Vogel (Vertreterin der Organisatoren) sowie massive Kritik am Wiedervereinigungstaumel unter anderem auch von J. Trappe (Gast aus Schmalkalden/DDR). Paßt nicht ins "AntifaZ-Welt-Bild", wird also auch nicht wahrgenommen.

Allerdings hat der Diskussionsleiter bei aller Kritik an der Wiedervereinigung auch versucht, Verständnis zu zeigen für die, die von Stefan Heym beschrieben werden als eine "Horde von Wütigen auf der Jagd nach dem glitzernden Tinnel, die mit kannibalistischer Lust in den Grabbeltischen westlicher Krämer wühlen" (nach Spiegel 8/90).

Wir glauben, daß es gerade der Erfolg der Veranstaltung war, daß auch wir als westdeutsche "Linke", bei allen ehrlichen Versuchen, die Widersprüche des von uns erlebten Kapitalismus aufzudecken und den (DDR-) BürgerInnen zu verdeutlichen, nicht überheblich über die zweifellos vorhandenen, häufig sehr materiellen Wünsche der DDR-Bevölkerung hinweggefegt sind. Anderes Verhalten wäre nämlich tatsächlich die "Arroganz des Satten, der sich vor den Tischmanieren eines Ausgehungerten ekelt" (Monika Maron). Und die sollten wir uns auch in Zukunft verkneifen.

Man mag es bedauern, aber Brecht gilt

noch immer: erst kommt das Fressen, dann die Moral.

Auch für die AntifaZ selber, die ja ein grundsätzlich sinnvolles Projekt ist, war dieser Bericht kontraproduktiv. Die 120 auf der Veranstaltung anwesenden Leute waren doch ein wesentliches Potential, die Zeitschrift zu verbreiten. Diese Leute dann aber mit einem solchen Artikel für dumm zu verkaufen, kommt politischem Selbstmord gleich.

D. Vogel

A. Roth

E. Prausner

M. Upphof

Antwort der Redaktion:

Wir beschränken uns in unserer Antwort auf den unserer Meinung nach vorhandenen **politischen** Widerspruch zum auf der Veranstaltung und in dem erwähnten Flugblatt vorgelegten Standpunkt zur **Frage der Wiedervereinigung**:

Unsere Kritik läßt sich in dem Satz zusammenfassen, den wir auch in dem erwähnten Artikel schrieben:

"Als ob "Kooperation" unter kapitalistischen Bedingungen etwas anderes als "Anschluß" bedeuten könnte."

Daran halten wir fest, sind auch nach wie vor der Meinung, daß der Begriff der "Kooperation" nur die **Alternati-ve auf der Ebene der Herrschenden** meinen kann. Das Motto zielt also klar auf **die Herrschenden**, sei es in der BRD oder der DDR.

Die im "Gegenbericht" vorgetragene Meinung, mit "Kooperation" sei die Zusammenarbeit **der Beherrschten**, also der ArbeiterInnen, der Frauen, der RentnerInnen, kurz der "kleinen Leute" gemeint, ist verschleiern. Wenn dem so wäre, hätte das Motto "Kooperation statt Anschluß" sich also an diese "kleinen Leute" gerichtet: als ob bei **ihnen** die Frage eines "Anschlusses" zur Diskussion stünde.

Nein, kurz gesagt, wir sollten die Widersprüche nicht verschleiern.

Auch wir haben selbstverständlich zur Kenntnis genommen, daß **auch einzelne Grüne** eine konsequente Haltung gegen **jegliche Wiedervereinigung** einnehmen (so z.B. das Mitglied des BuVo der Grünen auf der Auftaktkundgebung der Demonstration "Nie

wieder Deutschland" in Frankfurt/M.) Und daß wir mit Euch darin übereinstimmen, daß wir z.B. auf der Ebene des antifaschistischen Kampfes, der Umweltbewegung, der Friedensbewegung u.a. mit der (anti-großdeutschen) Opposition in der DDR zusammenarbeiten, beweist ja deutlich unsere Unterstützung der Initiative einer antifaschistischen Städtepartnerschaft Recklinghausen-Schmalkalden.

Eine **solche** Zusammenarbeit stand allerdings für uns **nie** unter der Fragestellung "Kooperation oder Anschluß", wobei wir uns dann für "Kooperation statt Anschluß" entschieden hätten.

Im Unterschied zu unserer Position, zu deren Verdeutlichung wir im Anschluß einen kurzen Auszug aus dem vom AFB vorgelegten Flugblattentwurf abdrucken, vertreten DIE GRÜNEN als Partei die Auffassung, die Wiedervereinigung sei **prinzipiell** zu begrüßen, nur komme es darauf an, sie **möglichst demokratisch** zu gestalten, sprich, den Schaden möglichst zu begrenzen.

Daß **genau in dieser Frage** Widersprüche zwischen und und Euch bestehen, verdeutlicht auch an mehreren Stellen Euer "Gegenbericht":

So schreibt Ihr z.B.: auch GRÜNE gingen und gehen nicht konform mit Äußerungen von Vertretern des "Neuen Forums", die den Wunsch nach einer kritiklosen Übernahme westlicher/kapitalistischer Strukturen(...) äußerten. Eine klare Absage an die kapitalistische Wiedervereinigung gab es (...) auch von D. Vogel (Vertreterin der Organisatoren)."

Eben: eine klare Absage an die **kapitalistische Wiedervereinigung**, bei gleichzeitiger Vorstellung, daß es eine **andere** Wiedervereinigung unter den herrschenden Bedingungen geben könne, wenn nur die **demokratische Beteiligung** der Bevölkerung stärker wäre.

Soviel zu den vorhandenen **politischen** Differenzen.

Daneben wird von Euch Kritik an unserer journalistischen Arbeit vorgebracht, der wir in einzelnen Punkten zustimmen:

Es ist zutreffend, daß nicht **nur** H. Bogdal eine klare Absage an die Großdeutschlandpläne" des "großdeutschen" Imperialismus vorgetragen hat, auch ein Vertreter der MLPD hat eine ähnlich umfassende Kritik vorgetragen.

Wir üben auch Selbstkritik, was die Gewichtung der positiven und negativen Aspekte dieser Veranstaltung betrifft: Auch für uns überwiegen die positiven Aspekte **bei weitem**, dies macht der Artikel allerdings tatsächlich nicht deutlich, da die Kritik über die Hälfte des Textes ausmacht.

Allerdings, und dies abschließend an die Adresse der Grünen:

Wir lassen uns mit dem ständigen Verweis auf Euren Öko-Fond nicht das Recht absprechen, eine andere Auffassung zu vertreten. Konkret:

Die AntifaZ erhält von der Kreistagsfraktion der Grünen 400 DM pro Jahr, das sind ca. 65,- DM pro Ausgabe. Jede Ausgabe der AntifaZ kostet zwischen 1200,- und 1400,- DM.

Im vergangenen Jahr hatten wir auch einen Antrag an der Öko-Fond des Stadtverbandes der Grünen gestellt. Eine positive Antwort hat der Stadtverband an die Bedingung geknüpft, eine solche Unterstützung durch eine Foto der Übergabe in der Presse dokumentieren zu lassen. Dies haben wir abgelehnt. Wir werden also vom Öko-Fond des Stadtverbandes der Grünen **nicht** unterstützt.

Ansonsten betteln wir nicht um Gelder. Falls uns auch der Kreisverband der Grünen seine (umfangreiche) Unterstützung entziehen sollten, würden wir dies zur Kenntnis nehmen.

In **diesem** Sinne
Eure AntifaZ-Redaktion

KEIN NEUES GROSSDEUTSCHLAND ! (Auszug aus dem Vorschlag des AFB)

Die Ereignisse überstürzen sich:

Seit dem 9. November 1989, seit der Öffnung der Mauer, seit dem Entstehen von Oppositionsparteien in der DDR, seit der Einrichtung des "Runden Tisches" und dem Eintritt von Oppositionsparteien in die Regierung der DDR vergeht kein Tag, an dem nicht ein weiteres Stück der gesellschaftlichen Realität der DDR verändert worden wäre.

Wohin wird diese Entwicklung führen ?

Zur Zeit deutet alles daraufhin, daß die Regierung der BRD und die hinter ihr stehenden Kräfte der westdeutschen Industrie die Oberhand behalten werden. Schon heute hat die Regierung der DDR derart weitgehende Abkommen geschlossen, daß eine Einführung des westdeutschen Wirtschaftssystems kaum noch aufgehalten werden kann.

Was hat das Volk-hier und dort- von dieser Entwicklung ?

Die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen im (zukünftigen) Groß-Deutschland wird gewaltig zunehmen. Schon heute bieten ehemalige DDR-Bürger, die in die BRD gekommen sind, ihre Arbeitskraft zu Niedrigstlöhnen an.

Auf dem Hintergrund des niedrigen technischen Entwicklungsstandes der meisten Betriebe in der DDR und ihrer aus kapitalistischer Sicht geringen Rentabilität wird nur ein kleiner Teil der DDR-Produktion (beispielsweise Elektronik, Optik und Computerherstellung) von westdeutschem Kapital "gesponsert" werden, der größere Teil (Z.B. Stahl und Braunkohle) wird dem Konkurrenzdruck nicht standhalten und die Produktionsanlagen dichtmachen: Das bedeutet das Entstehen von Massenarbeitslosigkeit. Das (zukünftige) Groß-Deutschland wird mit einer Zahl von vier Millionen Dauerarbeitslosen zu rechnen haben-fürs erste.

Und weiter: Mit der Vereinigung bis zur Oder/Neiße geben sich die herrschenden Kreise der BRD nicht zufrieden. Die Tatsache, daß Kohl sich strikt weigert, die polnischen Grenzen anzuerkennen, zeigt deutlich, daß die Teile des Kapitals, welche er repräsentiert, ein Groß-Deutschland in den Grenzen von 1937 und darüberhinaus anstreben. Das bedeutet:

Die Kriegsgefahr wächst von Tag zu Tag. Nach zwei Weltkriegen geht das deutsche Großkapital dazu über, die Neuaufteilung der Welt unmittelbar auf die Tagesordnung zu setzen!

"FASCHISMUS IN DORTMUND"

Eine Seminarreihe der Geschichtswerkstatt und der Volkshochschule Dortmund.

Die Veranstaltungsreihe fand statt in der Zeit vom 26. April bis zum 15. Mai und umfaßte 6 Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Dortmunder Szenecafes. Der Teilnehmerkreis umfaßte, je nach Themenstellung, zwischen 20 und 40 Personen. Wir beginnen mit diesem Artikel eine Berichterstattung über diese Veranstaltungen, die unseres Erachtens nicht nur aktuell von Interesse sind. Aus schon an anderer Stelle genannten Gründen war es uns auch nicht möglich, Berichte über alle Veranstaltungen in einer Ausgabe abzudrucken.

Was ist die Geschichtswerkstatt Was sind ihre Ziele ?

Die Dortmunder Geschichtswerkstatt besteht seit nunmehr gut sieben Jahren und hatte sich bei ihrer Gründung das Ziel gesetzt, sich mit Dortmunder Geschichte aus der Sicht der "kleinen Leute" zu beschäftigen und so einen Zugang zur Vergangenheit (und damit natürlich auch zur Gegenwart) zu finden, wie er in Geschichtsbüchern im allgemeinen nicht vermittelt wird, zu einer Geschichte, die sich in erster Linie mit dem Alltag der "einfachen" Menschen befaßt.

Ausgehend von dem seit 1985 eingerichteten **Kinder- und Jugendgeschichtshaus**, das durch seine bunte Bemalung deutlich aus dem Rahmen fällt, sollen sich Kinder und Jugendliche mit den geschichtlichen Hintergründen ihres eigenen Lebens befassen, indem sie in Stadtteilerkundungen Material zusammentragen und über die Ergebnisse und ihre Verwendung für weitere Forschungsarbeit beratschlagen, indem Puppenspiele aufgeführt und auch Material zum Einsatz in Kinder- und Jugendgruppen oder in der Schule erarbeitet wird. Im Rahmen der **Geschichtswerkstatt** ist ein Archiv errichtet worden, in dem insbesondere

ANZEIGE



Café Cuba
AFRO
LATIN
MUSICPUB

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

Publikationen gesammelt und geordnet werden, die von Bürgerinitiativen, Stadtteil- und Betriebsgruppen usw. veröffentlicht werden: So können dort Flugblätter, Betriebs- und Stadtteilzeitungen, alternative Zeitungsprojekte usw. eingesehen, gegebenenfalls kopiert und weitergegeben werden.

Bereiche, in denen die Geschichtswerkstatt arbeitet, sind:

Industrialisierung, Verfolgung und Widerstand, Frauengeschichte, Streiks, Stadtteilgeschichte, Tanz und Spiel,

Kirmes und Jahrmarkt. Personen, denen ein besonderes Interesse zukommt, sind z.B. Deserteure, Anarchisten, arme Frauen, Juden, etc.

Ergebnisse solcher Arbeit sind auch Bücher, z.B. "Dortmunder Lesebuch", "Räuberhauptmann Dolf Mohr", "Das Karbid-Kommando"

(Edelweißpiraten-Comic), "Lebendig verbrannt vor den Toren der Stadt"(Dortmunder Hexen und ihre Mörder).

Solche Bücher wiederum bieten Anlässe zu Lesungen in Gaststätten, Altersheimen, usw., was zugleich auch immer wieder Möglichkeiten zur Erschließung neuer Geschichtsquellen bietet.

Eines dieser Projekte war "**Faschismus in Dortmund**", dessen Einzelveranstaltungen im folgenden beschrieben werden.

"Ein treuer Stamm von Parteigenossen schon in den Anfängen" (Frühzeit der NSDAP in Dortmund)

Die Auftaktveranstaltung der Geschichtswerkstatt vom 26. April im "Informationszentrum 3. Welt", die einzige, die einen (allerdings an der Sache völlig vorbeigehenden) Widerhall in der Dortmunder Lokalpresse fand, setzte bei der Tatsache an, daß Dortmund die erste Stadt außerhalb Bayerns war, in der die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei(NSDAP), die in Sachen Volksverhetzung offenbar geschickteste und im weiteren Verlauf erfolgreichste faschistische Partei, mit der Gründung einer Ortsgruppe Fuß fassen konnte (bereits 1920). Es handelte sich hierbei jedoch ebensowenig wie in Bayern um Arbeiter, sondern vor allem um Bedienstete der Reichspost, allen voran der Oberpostrat und nach 1933 Reichspostminister **Wilhelm Ohnsorg**. Das Tragen von Hakenkreuzplaketten (Abzeichen der Kapp-Putschisten) erleichterte den "Völkischen" das Zueinanderfinden innerhalb dieser Behörde. Daß es die regierenden Sozialdemokraten mit ihrem Verbot der Faschisten nicht wirklich ernst meinten, wurde besonders deutlich, als sie sich 1923 bei Widerstandsaktionen gegen die französischen und belgischen Besatzungstruppen ausdrücklich auf Dienste der Nazis bei der Dortmunder Post stützten.

Trotzdem und trotz der Erfahrungen, die die Arbeiter nicht nur anlässlich des Kapp-Putsches, sondern bei zahlreichen weiteren Klassenauseinandersetzungen mit den Faschisten gemacht hatten (etwa wenn es um die Niederschlagung von Streiks ging), konnte die NSDAP bereits 1922 in Mengede einen Coup besonderer Art landen:

Ihr gelang dort die Gründung einer NSDAP-Gruppe, die hauptsächlich aus Bergarbeitern bestand, und nicht nur dies: bei einigen dieser Bergleute handelte es sich um ehemalige besonders aktive Angehörige der Freien Arbeiterunion Deutschlands(FAUD), einer anarchistischen Gruppe, die um 1919/20 in Dortmund rund 20 000 Mitglieder stark war und noch 1919 maßgeblich daran beteiligt war, die Zeche "Viktoria" in Arbeiterhände zu überführen und sechs Wochen lang in Eigenregie (und bei Einsatz von weniger Arbeitszeit ertragreicher als unter kapitalistischer Leitung) zubetreiben.



Westenhellweg 1937

Natürlich hatten sie auch bei der Niederschlagung der Kapp-Anhänger ihren Mann gestanden.

Die Mengeder Gruppe der NSDAP wurde rasch zu einem besonders gehätschelten Projekt des "Führers" (Adolf Hitler), "bewies" ihre Existenz doch, daß sich die NSDAP "zu Recht" eine Arbeiterpartei nannte. Man sah ihr mancherlei "Undeutsches" nach, etwa wenn einer ihrer Führer gelegentlich seinem Zorn über anmaßendes Auftreten des "Klumpfußes" (Goebbels) dadurch Luft machte, daß er auf der Hakenkreuzfahne herumtrampelte, um so zu demonstrieren, daß ihm die ganze Parteiführung "gestohlen bleiben" könne, oder wenn die "Parteigenossen" ihre Sitzungen bis spät in die Nacht hinein in Gasthäusern "verlängerten", was nicht gerade zur "Stabilisierung" und "Disziplin" beitrug.

Diese Gruppe war zwar verhältnismäßig klein und wuchs erst ab 1929/30 allmählich an, ihr Kern blieb aber - bei Schwankungen der Mitgliederzahl zwischen 25 und 50 - halbwegs stabil und stellte sogar einen Reichstagsabgeordneten.

Die Diskussion ging darum, was es für diesen Verhaltenswandel bei einigen der Mengeder Arbeiter (vom Prinzip

der strikten Ablehnung jeglichen Führertums hin zu einer am Führerprinzip ausgerichteten Partei) für Motive gegeben haben mag, zumal es sich bei den Betreffenden um Personen handelte, die sehr wohl "durchblickten", wie sich an zahlreichen Äußerungen nachweisen ließ, und die es gewohnt waren, aus ihren Anschauungen kein Hehl zu machen. Auf solche Fragestellungen eine Antwort zu finden, könnte einen Schlüssel für das richtige Herangehen an zahlreiche "Underdogs" sein, die sich heute bei den Faschisten organsieren. Am plausibelsten schien noch die Vermutung, daß es offenbar einen Unterschied macht, ob die Faschisten sich noch in der Kampfzeit befinden oder ob sie die Macht ausüben. Während in der Kampfzeit Draufgängertum und Kampfgeist besonders gefragt sind, kommen bei der Herrschaftsausübung eher die kühlen Rechner zum Zuge, die -emotional unbeteiligt- bestimmte Menschengruppen zur Entrechtung bis hin zur Vernichtung "selektierten".

Festzuhalten bleibt noch die Tatsache, daß es sich bei den aus dem Anarchismus stammenden faschistischen Bergleuten um Männer handelte, Frauen waren **nicht** in der Mengeder NSDAP. Sicherlich kein Zufall.

Anzeige

SONNENBLUME
Groß & Reuter
SPRINGSTR. 2
RECKLINGHAUSEN
02361/13 927



- * Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau
täglich frisch: Obst und Gemüse
Brot
Milchprodukte
- * Naturkosmetik
- * Linn-Naturschuhe
- * Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

INTERVIEW MIT MICHAEL SCHOMERS

Am Freitag, dem 8. Juni 1990, las Michael Schomers auf einer Veranstaltung im "Internationalen Zentrum" in Duisburg. Im Anschluß daran gab er unserer Zeitschrift folgendes Interview:

AntifaZ: Michael, wie kamst Du auf die Idee, sieben Monate verdeckt bei den "Republikanern" mitzuarbeiten?

M. Schomers: Die Idee lag eigentlich in der Luft, das Thema lag in der Luft. Eine Partei, die im letzten Jahr ja so viel Rückenwind hatte, nach Berlin waren Europawahlen, da wars eigentlich an der Zeit, denke ich, mal zu gucken, was ist das für eine Partei. Es gab ein literarisches Vorbild, die **Anne Tristan**, eine französische Kollegin, die bei Le Pen in Marseilles in die Partei gegangen ist und sechs Monate das Parteileben mitgemacht hat. Diese Methode des Arbeitens habe ich auch in anderen Zusammenhängen schon gemacht, deshalb war auch für mich die Methode klar. Wie gesagt, ich denke, es lag in der Luft.

AntifaZ: Hast Du nicht befürchtet, schnell enttarnt zu werden, bzw. was waren Deine Schwachstellen, an denen Du am ehesten befürchtet hast entdeckt zu werden?

M. Schomers: Das war natürlich erschreckend, dieses Äußere, ich habe auch Monate gebraucht, um mich dann immer noch nicht richtig daran zu gewöhnen. Ich hatte mich natürlich ganz gut vorbereitet, ich hatte eine konspirative Wohnung, hatte meinen Beruf, ich bin Diplompädagoge von Haus aus, habe ein paar Jahre in der Erwachsenenbildung gearbeitet und habe das praktisch verlängert, hab nur den Journalismus aus meiner Biographie gestrichen. Schwachstellen, ja, es gab welche. Ich hab mich zweimal fast verraten, indem ich beim Aufnahmeantrag in diese Partei, das war am Wahlabend, wir sind also in so einem Böttchen auf dem Rhein gefahren, es floß wohl auch schon einiges Bier, da hab ich aus Versehen, als ich unterschreiben mußte, mit Mi.. angefangen, hab dann gerade

noch aus dem M ein T gemacht, und einmal habe ich mich am Telefon mit Michael Schomers gemeldet, konnte das dann aber noch so wieder abbiegen.

Schwachstellen gab es natürlich insofern, als es unheimlich schwierig war und ich es mir kaum zugetraut hatte. Ich hatte mich ja soviel mit Neofaschismus und Faschismus beschäftigt wie, ich glaube, sehr viele andere, nämlich fast gar nicht, hatte mich zwar immer als Antifaschist begriffen, aber einen großen Bogen darum gemacht. Das war das Schwierigste. Ich hab dann irgendwann zwischendurch mal mit jemandem gesprochen, der sich damit sehr intensiv beschäftigt hatte, und der hat gesagt, laß es, das kannst Du nicht machen, wenn Du Dich nicht intensiv mit deren Ideologie auseinandergesetzt hast. Aber vielleicht war es auch das gerade, was es mir möglich machte, auch ein Stück naiver daran zu gehen und aufzutreten. Ich bin aufgetreten wie ein rechter CDUler, die NPD war mir zu militant, zu gewalttätig, die CDU zu flau. Ich hab ein bißchen gegen Kohl polemisiert, das konnte ich ganz gut, und dann war es eigentlich relativ einfach, erschreckend einfach.

AntifaZ: Du meinst also, es wäre für einen geschulten, also über Faschismus und Neofaschismus gut Informierten schwieriger gewesen, also etwa für einen Parteimenschen, sei es Juso oder MLPD oder DKP?

M. Schomers: Nein, das wäre nicht schwieriger gewesen. Ich denke, man sollte als Journalist, und ich arbeite als Journalist ja anders als ich politisch arbeite, also ein ganzes Stück professioneller, man muß auch seine Methoden haben und wissen, wie man so eine Arbeit angeht, dazu gehört auch ein Stück Routine im Beruf, also sowohl in Recherche als auch im Aufnehmen von

Argumenten. Ich glaube, das ist die Fähigkeit, die man haben muß. Vielleicht aber auch die Fähigkeit, wie der Fisch im Wasser sich auf die andere Situation einzustellen. Sagen wir mal so, wären die ein Stück gewalttätiger gewesen in der Diskussion, verbal gewalttätiger, wäre ich auch ein Stück stärker hineingeschwommen, ich hab mich immer an das angepaßt, was so war.

AntifaZ: Hattest Du eine Vorstellung von einem typischen REP-Mitglied und hast Du diese Vorstellung möglicherweise bestätigt bekommen?

M. Schomers: Ich hatte überhaupt keine Vorstellung. Ich bin durch die Stadt gelaufen und hab gedacht, wie sehen die aus, ist das einer oder ist das einer. Und dann kam ich da rein und, ich wußt es zwar, aber irgendwo hatte ich das Gefühl oder war ein Stück erstaunt darüber, daß da nicht die stiefeltragenden Braunhemden saßen, die mit dicken Bierkrügen im Keller saßen und das Horst-Wessel-Lied sangen und Hitlers Geburtstag feierten, sondern daß das ganz normale Menschen sind, eben auch sympathische Menschen. Ich hab da auch einen kennengelernt, bißchen äl-

eine militante Wehrsportgruppe, die hatte Ende der 70er Jahre Waffenlager angelegt, um gegen das Treffen von Brandt und Stoph auch mit Waffengewalt vorzugehen. Da purzeln die Feindbilder, und da zweifelst Du total an Deiner Menschenkenntnis. So jemand ist da, übrigens kein Republikaner, weil die sind ihm zu lasch, alles bloß Palamentarismus,...

AntifaZ: ...also mehr auf FAP-Schiene?

M. Schomers: ...ja, aber die sind ihm zu primitiv, der wartet auf die SS-Organisation, und trotzdem, merkst Du, ist das ein sympathischer Mensch, das ist das Verblüffende.

AntifaZ: Michael, bist Du der Meinung, daß Deine Arbeit bei den REPs einen größeren Nutzen für die antifaschistische Arbeit hat als die zeitweilige Unterstützung der REPs durch Deine Mitarbeit?

M. Schomers: Das hoffe ich sehr. Ich hab's immer wieder diskutiert, also, es läßt sich natürlich nicht messen, ich hab immer wieder die Frage diskutiert, nützt ich ihnen mehr als ich ihnen schade, aber es gab in der Situation kaum



ter als ich, so sechs, sieben Jahre älter, Vollbart, Pfeiferaucher, sah aus wie ein Linker, und mit dem hab ich auch paar-mal ein Bier getrunken, dann stellte sich nachher bei den Recherchen heraus, das war einer der Kommandeure der "Europäischen Befreiungsfront",

eine Alternative. Ich hab versucht, mich zurückzuhalten, ich hab versucht, nicht öffentlich aufzutreten, aber ich hab mich dann auch dabei ertappt, daß ich bei internen Diskussionen über Organisation etc gemerkt, daß ich mich mit bestem Wissen und Gewissen ein-

brachte. Das hat mich erschreckt, und das haben wir dann auch immer wieder diskutiert, mit meiner Freundin, mit Freundes- und Kollegenkreis. Ich hab einmal eine merkwürdige Gegenstrategie gehabt, ich hab nämlich einmal im Kommunalwahlkampf Flugblätter verteilt, in Briefkästen, und dann hab ich mich dabei ertappt, da hab ich erst gar nicht drüber nachgedacht, bei Briefkästen, auf denen stand: Keine Reklame, keine Werbung, denen hab ich ganze Packen von Flugblättern reingesteckt, in der Hoffnung, daß die richtig sauer sind. Aber es war bei der Arbeit in der Partei kaum möglich, da gleichzeitig noch destruktiv zu sein. Ich mußte einfach drauf vertrauen und hab dann drauf vertraut, daß die Ergebnisse so sein werden, daß es ein wichtiger Beitrag ist zur Erhellung des Charakters dieser Partei. Ich denke mittlerweile schon, daß es auch eine solche Resonanz gegeben hat, eine größere Resonanz, als ich ja jemals als "Republikaner" hatte, insofern bin ich da schon ein ganzes Stück beruhigter. Wenn jetzt dieses Buch absolut nicht verkauft worden wäre, weil kein Mensch sich für die Sachen interessierte, wenn diese Veranstaltungen nicht wären, wobei mir diese noch ein Stück wichtiger sind als der Verkauf des Buches, dann wäre es schon ein ganzes Stück schwieriger.

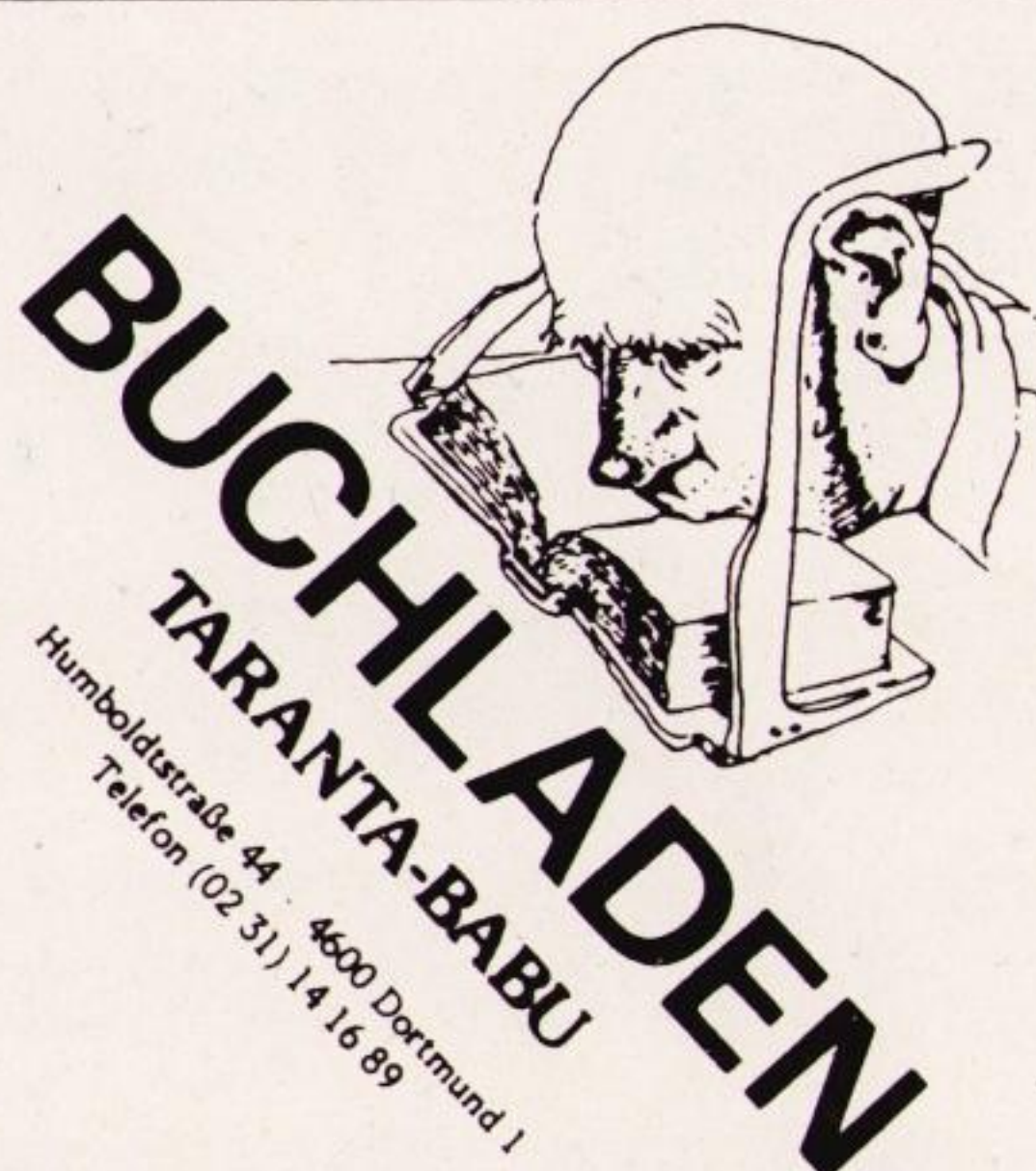
AntifaZ: Welches sind denn die wichtigsten Erfahrungen bzw. Erkenntnisse nach sieben Monaten REP-intern?

M. Schomers: Also, ich mach es mal so in Schlagworten: Es ist eine absolute Lügenpartei, es ist eine undemokratische Partei, mit keinerlei innerparteilicher Demokratie. Dahinter steckt bei vielen, gerade auch bei den führenden Leuten, eine faschistische Elitetheorie, eine faschistische Ideologie. Wenn die "Republikaner" immer behaupten, wir sind eine "saubere" Partei, eine "national-konservative, demokratische" Partei, dann stimmt das nicht, in der zweiten und dritten Reihe sitzen die ganzen Neonazis und Neofaschisten, und das wichtige meiner Arbeit ist, was ich auch immer betone, man muß ihnen diesen Schleier vom Gesicht reißen, daß sie sich dieses demokratische Mäntelchen nicht mehr umhängen können und sagen können, wir sind eine ganz normale demokratische Partei. Das sind sie nicht, sie sind ein Sammelbecken von Neofaschisten.

AntifaZ: Bist Du der Meinung, daß die REPs die **entscheidende** Kraft bei der Sammlung neofaschistischer Kräfte bzw. beim Aufbau einer modernen faschistischen Partei darstellen?

M. Schomers: Noch. Weil es sein kann, daß sich die Partei über diese internen Kämpfe, die sie jetzt haben, auch irgendwann spaltet oder sich auflöst. Aber das heißt nichts, dann wird eine andere mit einem anderen Firmenschild gegründet, dann machen sie was anderes. Die REPs sind momentan in der Bundesrepublik die Kraft, die die

ANZEIGE



Neofaschisten sammelt und die vor allen Dingen, und das ist das Gefährliche dabei, es geschafft hat, auch Zugang zu anderen Wählerschichten und zu anderen Mitgliederschichten zu kriegen. Wenn das **nur** eine neofaschistische Partei wäre, die in ihrem eigenen Sumpf irgendwo rumhockt, das wär zwar schlimm genug, sollt man auch

gefährlich finde, ist, daß sie versuchen, das ganze Debakel für eine Kampagne in der Öffentlichkeit zu benutzen. Sie werden nämlich nachher, egal, wer gewinnt, 30 Leute rausschmeißen und dann sagen, so, das waren die Rechtsextremisten, jetzt sind wir sauber. Ich weiß nicht, wer gewinnen wird, ich habe bis vor einer Woche gedacht,



was gegen tun, aber das würde mich nicht so beunruhigen. Schlimm finde ich, daß sie unter diesem demokratischen Mäntelchen an andere Leute rankommen, und das macht sie so gefährlich.

AntifaZ: Wie sieht Deines Erachtens die Zukunft der REPs aus? Hat der Sturz Schönhubers irgendwelche Auswirkungen auf die Partei?

M. Schomers: Sie waren ja immer sehr eng an Schönhuber gebunden, er war immer der große Führer und der Dompteur dieser Partei, auch derjenige, der mit weitem Abstand immer am besten öffentlich auftreten konnte. Im Moment steht es auf der Kippe. Es kann sein, daß in vier Wochen bei dem Parteitag die Neofaschisten in dieser Partei die Oberhand gewinnen, die auch die politischeren Leute sind, es kann auf der anderen Seite sein, daß Schönhuber selber wieder kommt, oder daß **Ekkehard Voigt**, der Landesvorsitzende von NRW, der seine Kandidatur gegen Schönhuber angekündigt hat, es schafft. Er ist einer der geschickteren Leute. Und was ich

Schönhuber, und mittlerweile, da jetzt **Voigt** gegen ihn kandidiert, und ich auch jetzt weiß, daß seine Truppen ihn zu großen Teilen verlassen, da er auch ein sehr schwieriger Vorsitzender ist, der regiert wie ein Fürst im Mittelalter, ohne jegliche Demokratie oder Regeln, deswegen schafft er sich natürlich Feinde. Jemand wie **Voigt** hat ein sehr gutes demokratisches Out-fit, war 10 Jahre lang CSU-Bundestagsabgeordneter, Oberstleutnant der Reserve, der auch rhetorisch nicht schlecht ist, es kann gut sein, daß er siegen wird.

AntifaZ: Wie sind Deiner Einschätzung nach die Bedingungen für den Aufbau der REPs in der DDR?

M. Schomers: Sie haben da, und das fürchte ich für Gesamtdeutschland, sie haben da bessere Ansatzpunkte und werden auch mehr Anklang drüben finden als hier. Das hat was zu tun mit politischem Nachholbedarf, also dem Nachholbedarf an politischer Information, es hat was mit der Informiertheit zu tun, es hat was zu tun mit dem stärkeren Nationalgefühl in der DDR, und

sie haben ihre politischen Ansatzpunkte genau wie hier, also für Deutschland, Deutschland lieben wir, das zieht auch in der DDR, Ausländerfeindlichkeit ist ein wichtiger Punkt, sie sagen aber nicht "Ausländer raus", sie spielen sich sogar teilweise als die Gegner der Ausländerfeindlichkeit auf, indem sie sagen: Wir sind diejenigen, die was gegen Ausländerfeindlichkeit tun, wenn noch mehr Ausländer kommen, dann steigt die Ausländerfeindlichkeit bei der Bevölkerung, also muß man das verhindern.

AntifaZ: Was meinen die REPs denn, was ganz konkret mit den Ausländern passieren soll, meinen die, Ausländer raus, oder auch noch ganz andere "Lösungskonzepte"?

M. Schomers: Ein Glasauer, bayrischer Landesvorsitzender, hat voriges Jahr gesagt, Wackersdorf können wir

wunderbar gebrauchen, da können wir unsere politischen Gegner einsperren. Dafür ist er jetzt verurteilt worden, wegen Volksverhetzung. Das läuft durcheinander. Sie sagen natürlich nicht, die sollen gehen und raus, aber es ist der Nährboden, an dem sich natürlich auch weitere "Lösungen" entwickeln können.

AntifaZ: Hast Du persönlich Ansätze zu solchen "Lösungen" mitbekommen?

M. Schomers: Also, was mich erschreckt hat, war die starke Affinität zur Gewalt, das fängt an bei den ganz "einfachen" Türkenwitzen, darüber, daß man sich freut, daß abends in Köln ein Haus abgebrannt ist und "leider" ein Türke dabei umgekommen ist, das geht aber auch weiter bis zu Äußerungen wie "Weihnachten werden die Öfen wieder aufgemacht". Das kommt dann in Bierlaune, klar, öffentlich würd das auch

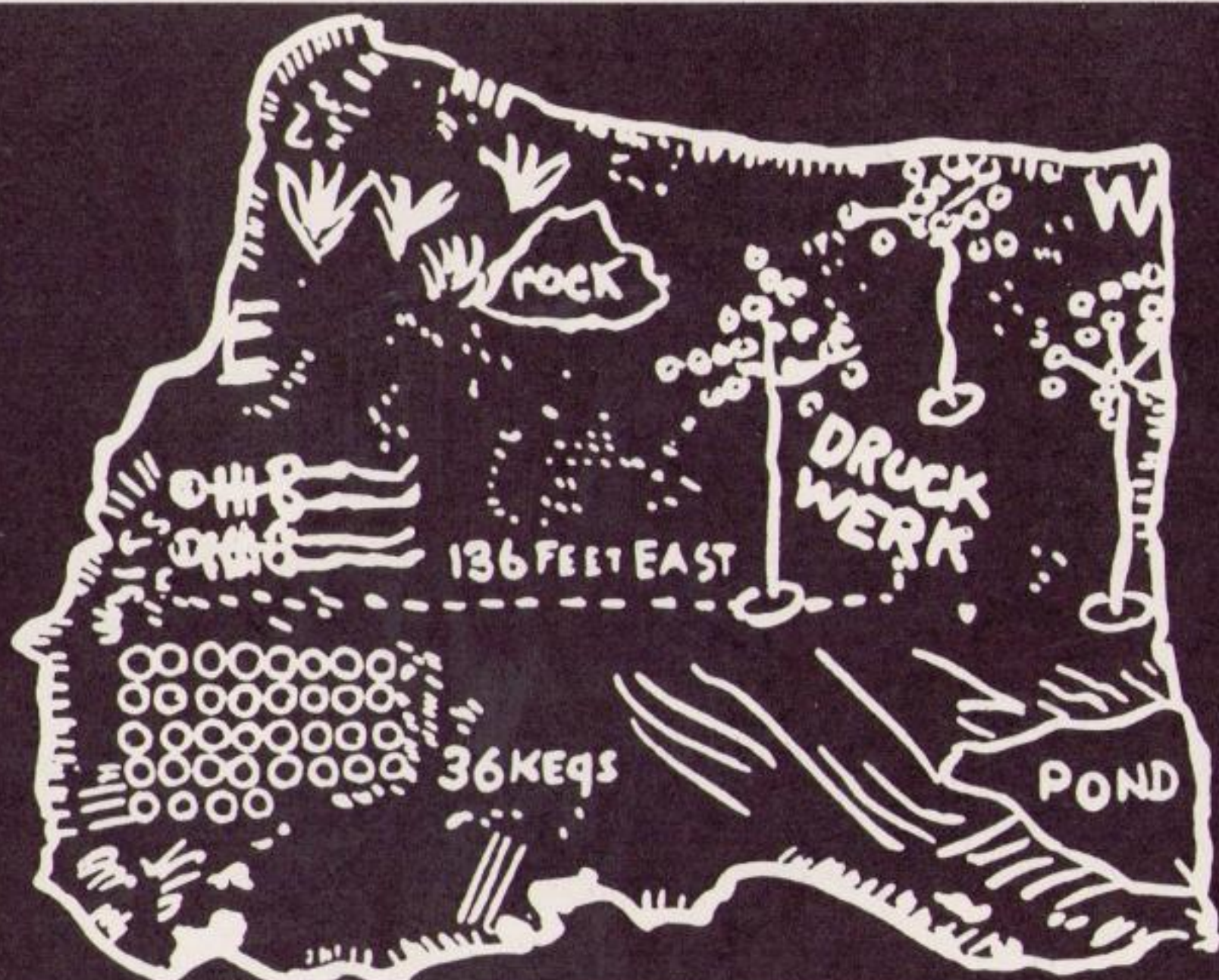
ANZEIGE

PIRATEN- WEISHEITEN:

(die Fünfte)

*Zwei Männer landeten alldort,
wo wild die Brandung rollt.
Der eine kam zurück an Bord,
die Taschen voller Gold.*

DRUCKWERK
43 18 21
Satz
REPRO
DRUCK
Penningkamp 12a, DO-Hörde



ANTIFASCHISTISCHER KALENDER

Erstmals wird es für 1991 einen antifaschistischen Taschenkalender geben. Inhaltliche Themen sind u.a.: Selbstverständnis verschiedener Antifa-Gruppen, -die "Neue Rechte" in der BRD, -das Frauenbild faschistischer Organisationen und Parteien, -Faschismus und Antifaschismus in der DDR, -Imperialistische Flüchtlingspolitik, -Repressionen gegen AntifaschistInnen in der BRD. Wer noch inhaltliche Beiträge, seine Adresse usw. im Kalender veröffentlichen möchte, absoluter Einsendeschluß ist der 10.7.1990. Anfang August geht der Kalender in Druck.

Bei Bestellungen bis 30.7. Subskriptionspreis von 8,- DM, endgültiger Preis voraussichtlich 9,50 DM. Rabatte für Wiederverkäufer.

Bestelladresse:

unrast-Verlag, Querstr. 2, 4400 Münster

ANZEIGE

Attatroll

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •



Herner Str./Ecke Paulusstr.
4350 Recklinghausen
Tel. 02361-17002

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00